

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Integration, Frauen und Gleichstellung, Vielfalt und Antidiskriminierung

20. Sitzung
13. Juni 2024

Beginn: 14.05 Uhr
Schluss: 17.28 Uhr
Vorsitz: Ülker Radziwill (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatsverwaltung

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Erster berlinweiter Magnus-Hirschfeld-Tag –
Erläuterungen zu den bisherigen Teilnehmenden,
angedachten Formaten und Kooperationen**
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)

[0127](#)
IntGleich

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Runder Tisch zum Schutz gegen queerfeindliche
Hasskriminalität und Landesstrategie für queere
Sicherheit und gegen Queerfeindlichkeit – Aktueller
Stand**
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)

[0129](#)
IntGleich

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Ich rufe auf

Punkt 5 der Tagesordnung

a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Registerstellen – Bericht
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)

[0142](#)
IntGleich

b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Finanzierung der Registerstellen und der
Präventionsarbeit**
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und
der Fraktion Die Linke)

[0143](#)
IntGleich

Hierzu: Anhörung

Ich begrüße ganz herzlich die Anzuhörenden. Es ist so, dass drei Personen hier im Raum sind und eine Person digital dabei ist. Ich werde sie jetzt in alphabetischer Reihenfolge begrüßen: Frau Violeta Balog ist hier. Sie ist Projektleiterin der Dokumentationsstelle Antiziganismus. Dann haben wir Frau Kati Becker, Leiterin der Berliner Register, uns digital zugeschaltet. Ich hoffe, Sie können uns hören, und ich hoffe, wir hören Sie auch gleich. – Wunderbar! – Dann begrüße ich Frau Rima Hanano, Leiterin von CLAIM, Allianz gegen Islam- und Muslim-

feindlichkeit. Ebenso herzlich begrüße ich Frau Julia Kopp, Projektleiterin bei der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin. – Ihnen allen ein herzliches Willkommen!

Ich nehme an, dass Sie ein Wortprotokoll haben wollen, es sei denn, Sie sind nicht dafür. – Aber Sie nicken. Also werden wir das mit einem Wortprotokoll machen. – Ich begrüße von SenASGIVA Herrn Bünermann aus dem Referat Demokratieförderung und Prävention! An der Stelle begrüße ich auch Frau Eren Ünsal, die Leiterin der LADS.

Jetzt kommen wir zu der Begründung des Besprechungsbedarfes. Für die Koalition wird das Herr Özdemir machen, habe ich gehört. Dann hätten Sie das Mikrofon.

Orkan Özdemir (SPD): Danke, Frau Vorsitzende! – Auch von unserer Seite erst mal vielen Dank, dass Sie sich die Zeit genommen haben und unserer Einladung gefolgt sind! In den vielen letzten Jahrzehnten gab es für uns immer eine Orientierung, das war die polizeiliche Statistik. Wir hatten Ende der Neunziger-, Mitte der Zweitausenderjahre schon das Gefühl, das kann nicht alles gewesen sein, denn das Gefühlte und Erlebte auf der Straße hat sich nicht abgebildet in der, ich sage mal ganz salopp, Erfahrung der Polizei. Dann gab es die sinnhafte Idee zu sagen: Okay, wie machen wir das? Wie können wir die Erfahrungssphäre der betroffenen Menschen in einer Statistik schwarz auf weiß abbilden, um eine andere Grundlage zu haben, wenn wir über diese Problematiken sprechen? – Wir haben in Berlin das große Glück, das bildet sich nicht in jedem Bundesland ab, Registerstellen zu haben, die diese Auffälligkeiten, diese Erlebnisse von Individuen, manchmal auch Traumata von Individuen, abbilden können, wenn man sie meldet. Es hat mehrere Gründe, warum man das macht. Entweder sind sie zwar nicht strafbar, aber trotzdem problematisch, oder es gibt viele Gruppen, die sich nicht trauen, sich an die Polizei zu wenden. Deswegen war es ganz wichtig, dass sich in Berlin diese Kultur der Registerstellen in unterschiedlichen Bereichen Stück für Stück entwickelt hat. Diese Stellen machen jährliche Berichte, und es ist eine gute Tradition in diesem Haus, dass man, wenn diese Berichte veröffentlicht werden, die handelnden Akteure einlädt. Dieser Tradition sind wir nachgekommen und freuen uns, heute über die Arbeit der Registerstellen zu sprechen und vielleicht mitzukriegen, was sich in den letzten Jahren verändert hat und welche neuen Bedarfe bestehen, wo wir Sie als Abgeordnete und als Abgeordnetenhaus, als Parlament, unterstützen können. – Danke!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Wem darf ich für die Begründung des Besprechungsbedarfs zu 5b geben? – Herr Walter! Sie haben das Wort für die Opposition, nehme ich an.

Sebastian Walter (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Auch vonseiten der Grünen und der Linke möchte ich Sie heute sehr herzlich willkommen heißen und bin sehr dankbar, dass Sie da sind. Wir wissen aus Berichten oder Stellungnahmen von Ihnen aus den letzten Wochen und Monaten, dass die Anzahl der antisemitischen Vorfälle seit dem Oktober explodiert sind, es aber genauso in den letzten Monaten und Jahren einen extremen Aufwuchs im Bereich Rassismus und Querfeindlichkeit gab. Es besteht insofern auch von unserer Seite ein großer Besprechungsbedarf.

Wir als Linke und Grüne haben zusätzlich in diese Besprechung den Punkt der Finanzierung der Registerstellen, Ihrer Arbeit, mit eingebracht. Sie haben das schon bei den vorherigen Tagesordnungspunkten gemerkt, dass uns insbesondere der Finanzierungsaspekt und die per-

sonelle Ausstattung besonders wichtig sind. Dazu werden wir sicherlich auch gleich noch kommen.

Es wurde schon von dem Kollegen Özdemir gesagt: Diese zivilgesellschaftlichen Anlaufstellen sind so unfassbar wichtig, neben den offiziellen Wegen wie die Polizei. Sie decken so viel ab, sie leisten so viel. Deswegen noch mal mein ausdrücklicher Dank. Ich bin sehr gespannt auf das, was Sie uns vortragen werden und auf die Diskussion.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Danke! Das war die Begründung für die Opposition. – Jetzt hat Herr Landero das Wort für die Stellungnahme des Senats, und danach kommen wir zu den Anzuhörenden.

Staatssekretär Max Landero Alvarado (SenASGIVA): Vielen Dank! – Register- und Monitoringstellen leisten in dieser Stadt einen wichtigen Beitrag. Lassen Sie mich eingangs, weil der Kollege neben mir sitzt, daran erinnern, dass wir uns in den letzten Wochen und Monaten mit erheblichen Angriffen von rechts hinsichtlich der Registerstellen zu beschäftigen hatten. Das hat auch bei mir in der Verwaltung sehr viel Arbeit und viele emotionale Kapazitäten gekostet. Deswegen möchte ich Herrn Bünermann ganz herzlich danken, der das bei uns im Haus maßgeblich bearbeitet hat, immer ein guter Ansprechpartner für die Registerstellen war und da sehr viel Herzblut reingesteckt hat.

Wir sind, das wurde gerade in den Eingangsstatements deutlich, in einer gesellschaftlich und politisch schwierigen Situation. Wir haben einen Anstieg der Zahlen von rassistischen und antisemitischen Vorfällen, und wir müssen uns immer bewusst machen, dass wir immer noch kein volles Bild haben, sondern eher ein bisschen Licht ins Dunkel bringen, wenn ich es mal so ausdrücken darf. Wir haben, und darauf sind wir stolz als Land Berlin, ein gut ausgebautes Netz der bezirklichen Registerstellen, die die Vorfälle von Ausgrenzung und Diskriminierung dokumentieren. Sie dokumentieren Übergriffe oder Vorfälle, die rassistisch, antisemitisch gegen die Queercommunity, antiziganistisch, extrem rechts, klassistisch, sozialdarwinistisch, behindertenfeindlich oder antifeministisch sind. Das wird dort gesammelt, auf Plausibilität geprüft und in einem Bericht zusammengefasst. Seit 2005, wo die erste bezirkliche Registerstelle in Pankow eingerichtet wurde, fördern wir als Land Berlin – seit 2014 im Rahmen des Landesprogramms Demokratie. Vielfalt. Respekt. gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus – diese Registerstellen.

Sie merken es: Die Abgeordneten interessieren sich – das ist das gute Recht des Haushaltsgesetzgebers – immer sehr für das Geld. Es ist so, dass wir im gesamten Landesprogramm 2024 für Maßnahmen der Demokratieförderung und Prävention mit insgesamt 14 Millionen Euro sehr gut ausgestattet sind. Das ist ein Rekordwert. Wir wissen, dass es an der einen oder anderen Stelle immer wieder Mehrbedarfe gibt, aber man muss festhalten, von wo man gestartet ist und was man erreicht hat, und dann ist es das gute Recht, an der einen oder anderen Stelle zu fordern: Da braucht es mehr, oder dort müssen andere Schwerpunkte gelegt werden, und das werden wir eventuell gleich noch diskutieren.

Wir haben 2023 insgesamt 5 286 Vorfälle dokumentiert. Das ist ein ziemlich krasser Anstieg im Hinblick auf 2022, wo es 4 156 Vorfälle waren. Wir können sagen, dass uns diese Hochstände sehr besorgen.

Vielleicht noch ganz konkret zu den Fördersummen aus Landesmitteln für die zwölf bezirklichen Registerstellen. Dort lagen wir 2023 bei knapp 800 000 Euro. Die Fördersummen gehen etwa von 40 000 Euro bis 80 000 Euro. Darüber hinaus gibt es eine Koordinierungsstelle, die gefördert wird. Die Plansumme für die zwölf bezirklichen Registerstellen ist bei 900 000 Euro taxiert, wobei für die Koordinierungsstelle unverändert knapp 200 000 Euro vorgesehen sind.

Wir sind sehr gespannt darauf, was Sie zu berichten haben. Zu guter Letzt möchte ich mich insbesondere für Ihre Arbeit, denn Sie sind oft Zielscheibe. Sie stehen mit Ihren Mitarbeitenden und Ihrem Gesicht für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung manchmal im Feuer. Dafür ganz herzlichen Dank! Wir haben an der einen oder anderen Stelle versucht, Ihnen die Solidarität, die Unterstützung immer wieder zukommen zu lassen. Jedenfalls gilt für mich und unsere Verwaltung als Ganzes, dass wir immer an Ihrer Seite und für Sie ansprechbar sind. Vielen Dank dafür!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann danke ich selbstverständlich auch und schließe mich den Dankesworten des Staatssekretärs im Namen unseres Ausschusses an. Wir beginnen jetzt mit der Anhörung. Sie haben im Vorfeld die Information bekommen, dass Sie für gut fünf Minuten ein Eingangsstatement machen und im Anschluss die Ausschussmitglieder ihre Fragen stellen. Danach haben Sie noch einmal die Möglichkeit, Stellung zu beziehen. Haben Sie sich intern verabredet, wer starten möchte, oder sollen wir es in alphabetischer Reihenfolge machen? – In alphabetischer Reihenfolge. – Es widerspricht mir keiner. Dann machen wir das so, und Frau Balog darf starten. Wir achten ein bisschen auf die Uhr. Die Abgeordneten bitte ich, ihre Fragen nicht länger als die Anzuhörenden zu stellen. – Bitte, Sie dürfen!

Violeta Balog (Dokumentationsstelle Antiziganismus – DOSTA/MIA Berlin, Amaro Foro e. V.; Projektleiterin): Vielen Dank! – Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrter Herr Staatssekretär Landero! Sehr geehrte Abgeordnete! Vielen Dank für die Einladung! Mein Name ist Violeta Balog, und ich leite die Dokumentationsstelle Antiziganismus, kurz DOSTA/MIA Berlin. Ich werde versuchen, in der kurzen Zeit das Projekt vorzustellen und auf zwei Schwerpunktthemen unserer Arbeit einzugehen.

DOSTA existiert seit 2014 als bundesweit einzigartiges Pilotprojekt und erfasst systematisch antiziganistische Vorfälle in verschiedenen Lebensbereichen wie in der Arbeitswelt, im Alltag, im öffentlichen Raum, beim Zugang zu Wohnraum, bei Behörden und im Bildungsbereich. Die zwei Schwerpunkte, die ich jetzt kurz benennen werde, sind einmal die Diskriminierungserfahrungen bei Behörden und im Bildungsbereich. Weitere Schwerpunkte sind in unserer Auswertung ausführlicher einzusehen.

Romnja oder als solche gelesene Menschen werden bei Behörden systematisch ausgeschlossen. Anträge von EU-Bürgerinnen und -Bürgern aus Rumänien und Bulgarien werden oft pauschal abgelehnt, und es werden nicht selten irrelevante Unterlagen von ihnen eingefordert. Diese Praxis nehmen wir am häufigsten von Ämtern wahr wie die Jobcenter oder die Familienkasse. Das ist alles auf eine interne Arbeitshilfe der Bundesagentur für Arbeit mit dem Arbeitstitel „Bekämpfung von organisiertem Leistungsmissbrauchs durch EU-Bürger“ zurückzuführen. Mit unserer Arbeit versuchen wir immer wieder, darauf aufmerksam zu machen, dass sich solche strukturellen Ausschlüsse existenzbedrohend auf die Menschen auswirken können, da es sich um Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts handelt.

Auch aus dem Bildungsbereich erreichen uns immer mehr Vorfälle. Junge Menschen mit selbst- oder fremdzugeschriebenem Romahintergrund werden häufig Opfer von rassistischem Mobbing durch Mitschülerinnen und Mitschüler, aber auch durch Lehrkräfte, durch Schulleitungen und Schulsozialarbeiterinnen und -sozialarbeiter. Sie sind häufig von kriminalisierenden Unterstellungen und Kulturalisierungen betroffen. Lehrkräfte intervenieren bei Rassismus oft nicht adäquat. Stattdessen wird eher eine Täter-Opfer-Umkehr gemacht und anschließend der Vorwurf der Schuldistanz, wenn Schülerinnen und Schüler der Schule infolge des Mobbing fernbleiben.

Ein weiteres großes Problem im Bildungsbereich ist die Schulplatzvergabe. Schulpflichtigen Kindern wird aufgrund kapazitärer Engpässe kein Schulplatz angeboten. Stattdessen landen sie auf ewiglangen Wartelisten, und auch da kommt immer wieder der Vorwurf der Schuldistanz. Das ist gerade ein sehr großes Problem in Berlin.

Die Zahlen der gemeldeten Vorfälle steigen jedes Jahr an, wobei das Dunkelfeld wahrscheinlich viel höher liegt. Um einen kleinen Vergleich zu geben: Im Jahr 2021 wurden 147 Vorfälle gemeldet, und 2022 gab es einen Anstieg um 53 Prozent mit insgesamt 225 Vorfällen. Auch die Fallzahlen für das letzte Jahr, 2023, befinden sich mit 209 Fällen auf ähnlich hohem Niveau.

DOSTA dokumentiert nun seit zehn Jahren systematisch antiziganistische Vorfälle in Berlin, und es hat sich in der Zeit einiges getan. Wir begrüßen es sehr, dass die Bekämpfung von Antiziganismus ein wichtiges Thema auf der politischen Agenda geworden ist, sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene. Das hat dazu geführt, dass wir unter anderem den ersten Beauftragten der Bundesregierung gegen Antiziganismus und für das Leben der Sinti und Roma in Deutschland haben sowie eine bundesweite Melde- und Informationsstelle gegen Antiziganismus/MIA, der wir ebenfalls angehören.

Darüber hinaus hat Berlin als erstes Bundesland ein eigenes Landesdiskriminierungsgesetz auf den Weg gebracht, an dessen Ausrichtung sich das Projekt ebenfalls eingebracht hat. Dieses schließt etliche Rechtsschutzlücken des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes, welches gerade reformiert wird und was dringend notwendig ist, denn vor allem ist es wichtig, um gegen behördliche Schikanen vorgehen zu können, denn wie ich gerade berichtet habe, erleben Romnja die meisten Diskriminierungserfahrungen bei Ämtern.

Die vorher genannten positiven Entwicklungen haben dazu beigetragen, dass Antiziganismus noch sichtbarer geworden ist, der schon längst in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist, und das nicht nur in der rechten Szene. Antiziganismus ist heute noch salonfähiger als je zuvor, und das zeigen nicht nur unsere Erkenntnisse der letzten zehn Jahre, sondern auch die aktuelle politische Situation, die mehr als besorgniserregend ist.

Antiziganismus und alle anderen Rassismusformen müssen weiterhin ernst genommen werden, und aus diesem Grund ist es umso wichtiger, von Antiziganismus und anderen Rassismusformen Betroffene noch mehr zu stärken und zu unterstützen. Dafür muss die Antidiskriminierungsarbeit gesichert und finanziell unterstützt werden, und vor allem müssen die Projekte verstetigt werden. Das ist jetzt an der Zeit.

Zum Schluss möchte ich noch die Gelegenheit nutzen, Sie alle herzlich zur Vorstellung unseres Zehnjahresberichts einladen, die am 18. September stattfinden wird. Die offiziellen Einladungen werden noch folgen. – Vielen Dank!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Vielen Dank, Frau Balog, für Ihren Bericht und auch für die Einladung! – Dann darf ich Frau Becker das Wort geben. Sie ist digital zugeschaltet und hat eine Präsentation.

Kati Becker (pad gGmbH; Projektleiterin der Koordination der Berliner Register) [zugeschaltet]: Vielen Dank für die Einladung! Ich habe eine Präsentation fertiggemacht, weil mir nicht ganz klar war, was heute Thema ist. Man kann zur Registerarbeit eine ganze Menge erzählen und in der Regel auch mehr als fünf Minuten.

Ich habe heute die Zahlen für das vergangene Jahr mitgebracht. Viele haben Sie schon gesehen. Ich versuche, das anzumachen, muss aber alle möglichen Freigaben erteilen. Dann lassen wir das, dann mache ich es mündlich. – Zum einen wollte ich verschiedene Fragen zu Netzwerkarbeit der Registerstellen klären. Es gibt in jedem Bezirk eine Registerstelle, die Vorfälle dokumentiert. Die hat dort verschiedene Anlaufstellen und viele Einzelpersonen, mit denen sie in Kontakt steht. Die schicken jeden Tag ein paar Vorfälle wie Hakenkreuze, oder es gibt rassistische Beleidigungen oder antisemitische Vorfälle, ein letzter Zeit zum Beispiel an den Berliner Universitäten. Diese Vorfälle tauschen wir mit den anderen Dokumentationsstellen in Berlin aus, wie zum Beispiel DOSTA, Amaro Foro oder auch RIAS aus Berlin, und daraus entsteht ein Gesamtbild.

Über die vergangenen Jahre sind die Zahlen immer weiter gestiegen. Ich habe mir gestern noch angeguckt, wie es für 2024 aussieht. Da ist es so, dass die Zahlen der Vorfälle deutlich mehr als im Vergleich zwischen 2022 und 2023 ansteigen. Es sind vor allem Vorfälle, die antisemitisch, LGBTIQ-feindlich oder rassistisch motiviert sein, die bei uns in den Zahlen steigen. Das hat auch etwas damit zu tun, wie online gegen einzelne Betroffene oder Betroffenenengruppen gehetzt wird.

Wir stellen außerdem fest, dass sich die bezirkliche Verteilung etwas ändert. Wir haben in den Westberliner Randbezirken wie Reinickendorf, Spandau oder Steglitz-Zehlendorf etwas niedrigere Zahlen als im Osten. Ich würde sagen, dort haben wir zwischen 100 und 200 Vorfälle, in den Ostberliner Randbezirken steigt das auf 300 bis eher 400 Vorfälle an, obwohl ich sagen muss, dass der Ostberliner Bezirk Treptow-Köpenick zum halben Jahr schon über 400 Vorfälle dokumentiert hat. Das ist sehr viel. Das ist mehr als im Bezirk Mitte, wo wir sonst die höchste Zahl haben.

Wir beobachten zudem, dass wir in den Randbezirken Treptow-Köpenick, Lichtenberg oder Marzahn-Hellersdorf auch LGBTIQ-feindliche Vorfälle haben, die in den vergangenen zehn Jahren eher in den Innenstadtbezirken, dort wo Partykieze sind oder im Nollendorfkiez, wo sich viele queere Menschen aufhalten, stattgefunden haben. Diese verlagern sich an den Stadtrand, und das hat etwas mit der Sichtbarkeit von queeren Menschen zu tun und auch damit, wie sichtbar wir als Meldestelle in diesen Communitys sind. Nichtsdestotrotz erfahren wir von vielen, die gerade von Rassismus betroffen sind, dass sie selten Vorfälle melden. Wir decken vermutlich nicht mal 10 Prozent von dem ab, was überhaupt stattfindet. In qualitativen Gesprächen, die wir mit Anlaufstellen, verschiedenen Einrichtungen und sozialen Trägern zu unseren Zahlen führen, wird uns zurückgemeldet, dass das nur ein Teil ist, nur die Spitze des Eisbergs. Dafür ist es relativ viel.

Ich finde gut, dass Berlin da hinschaut. Für das Jahr 2023 haben wir als Kernthema herausgearbeitet, dass der Hass im Netz auch zum Hass auf der Straße führt. Das mag sich wie eine Binsenweisheit anhören, aber die Verdopplung der Zahl bestimmter Gewaltvorfälle oder auch der rassistischen Beleidigungen und Bedrohungen, die wir in den Bezirken wahrnehmen, erklärt sich nicht damit, dass Menschen jetzt eine rassistischere Einstellung haben oder queeren Menschen gegenüber nicht mehr so aufgeschlossen sind, sondern das hat etwas damit zu tun, wie Täterinnen und Täter im Internet beschallt werden, welche Feindgruppen es gibt oder wie man sich zu verhalten hat. Sie haben das Gefühl, über diese Filterblasen, über Telegramgruppen, dass sie sich in einer Mehrheit befinden, die gegen die Minderheit vorgehen kann. Ich habe gestern mit einer Kollegin gesprochen, die in Marzahn in einem BENN-Projekt arbeitet. Die meinte, was sich in den letzten fünf Jahren verändert hat, ist, dass die rassistischen Einstellungen sich offen äußern. Sie wird deutlich häufiger offen auf der Straße beleidigt. Sie meinte, diese Menschen hatten vorher auch schon die rassistischen Einstellungen, aber sie sind darin mittlerweile bestärkter. Da hat Social Media eine ganz große Verantwortung und spielt eine große Rolle.

Da RIAS auch noch sprechen wird: Wir haben nach dem 7. Oktober gesehen: Das ist nichts, was in Berlin stattfindet, das ist nicht nur über die Tagesschau oder seriöse Medien einmal kommuniziert worden, sondern das ist über Propaganda im Internet relativ schnell kommuniziert worden – wir haben alle Videos gesehen –, dass wir schon am 7. Oktober antisemitische Vorfälle hatten, in denen Jüdinnen und Juden antisemitisch adressiert werden. Es war erstaun-

lich, wie dieses Narrativ wieder erweckt werden kann. – Ich könnte Tausende Dinge erzählen zu allen Themenfeldern, sei es LGBTIQ, sei es Rassismus, sei es Antisemitismus. Ich möchte aber nicht allen die Show stehlen und sage nur: Wenn es konkrete Fragen zu einzelnen Themenfeldern gibt, diese gern stellen. Ich gehe davon aus, dass wir 2024 einen weiteren Anstieg der Zahl der Vorfälle haben werden. – Vielen Dank!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Vielen Dank, Frau Becker, für Ihre Äußerungen! – Dann darf ich das Wort an Frau Hanano weitergeben. – Bitte!

Rima Hanano (CLAIM – Allianz gegen Islam- und Muslimfeindlichkeit; Leiterin): Danke schön! – Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrter Herr Staatssekretär! Sehr geehrte Abgeordnete! Im Februar wird eine Frau wegen des Kopftuchs auf der Straße antimuslimisch beleidigt. Im August wird einer Frau das Kopftuch heruntergerissen, sie wird körperlich angegriffen. Im September werden ein Mann und seine muslimische Mutter an einem S-Bahnhof angegriffen und rassistisch beleidigt. Im Oktober wird ein Mann auf der Straße als Terrorist beleidigt, bedroht und körperlich angegriffen. Der Mann muss mit schweren Verletzungen in ein Krankenhaus. Im November erhalten mehrere Moscheen in Berlin ähnlich wie zuvor Moscheen in NRW rassistische Drohbriefe mit Fäkalien, verbrannten Koranseiten und Schweinefleisch. Ebenfalls im November wird eine 15-jährige Schülerin wegen ihrer Halskette mit der arabischen Aufschrift „Allah“ von mehreren Mitschülerinnen verprügelt. Ebenfalls im November wird eine muslimische Romnja auf die S-Bahngleise geschubst. – Diese Fälle aus Berlin für das Jahr 2023 stehen exemplarisch für das, was Menschen in Berlin erleben. Ich möchte unterstreichen: Dieser Rassismus kommt wirklich aus der Mitte der Gesellschaft.

Unsere bundesweite Jahresbilanz zu antimuslimischen Übergriffen und Diskriminierungen werden wir am 24. Juni in Berlin vorstellen. Ich kann Ihnen sagen: Die Bedrohungslage ist drastischer und dramatischer denn je. Bundesweit hat das BMI für das Jahr 2023 insgesamt 1 464 islamfeindliche Straftaten und 70 Angriffe auf muslimische Einrichtungen erfasst. Das ist ein Anstieg von mehr als 140 Prozent – das muss man mal verinnerlichen – im Vergleich zum Vorjahr. In Berlin wurden für 2023 insgesamt 180 islamfeindliche Straftaten erfasst und auch hier ein fast 100-prozentiger Anstieg im Vergleich zum Vorjahr. In Berlin, muss ich anmerken, bauen wir gerade erst eine Dokumentation und Erfassung zu antimuslimischem Rassismus auf. Grundsätzlich, und das wurde gerade schon mehrmals erwähnt, müssen wir von einem enormen Dunkelfeld antimuslimischer Vorfälle ausgehen. Antimuslimischer Rassismus wird häufig weder als solcher erkannt, noch durch Betroffene gemeldet.

Worauf sind die Entwicklungen zurückzuführen? – Bundesweit stimmt jede zweite Person antimuslimischen Aussagen zu. Auch 20 Prozent der Berliner Bevölkerung weisen ein geschlossenes antimuslimisches, rassistisches Denken auf. 48 Prozent lehnen den Islam ab. Antimuslimische Diskriminierungen und Übergriffe ereignen sich aber nicht im luftleeren Raum; antimuslimischer Rassismus verbirgt sich häufig hinter Scheindebatten. Erinnern Sie sich bitte an die Diskurse zu Migration, Integration oder Sicherheit in den letzten Jahren. Antimuslimischer Rassismus wird leider zum Teil hinter Debatten um die wichtige Bekämpfung von Antisemitismus weitergetragen, normalisiert und reproduziert. Undifferenzierte Diskurse im politischen und medialen Raum schaffen ein Klima, das Hass, Diskriminierung und Gewalt gegenüber Musliminnen und Muslimen und Menschen, die als muslimisch gelesen werden, schürt und legitimiert. Auch nach dem terroristischen Angriff der Hamas am 7. Oktober haben Beratungsstellen eine Zunahme von antimuslimischen Vorfällen verzeichnen müssen, die

klare Bezüge zu den geführten Debatten aufweisen. Ich will Ihnen kurz eine zweiseitige Chronik der „Zeit“ zeigen – [Sie hält eine Zeitung hoch.] –, die deutlich macht, was für eine Tragweite das eigentlich hat.

Ich möchte mit zwei Befunden abschließen, die deutlich machen, dass gerade jetzt eine klare Haltung gegen antimuslimischen Rassismus und eine Stärkung zivilgesellschaftlicher Arbeit notwendig ist, um Menschen zu schützen und den Zusammenhalt zu stärken. Erstens, empirisch belegt ist: Menschen mit einer abwertenden Haltung und Einstellung gegenüber einer marginalisierten Gruppe neigen eher dazu, weitere Gruppen abzuwerten. Das bedeutet, dort, wo antimuslimischer Rassismus zunimmt, erstarken häufig auch Antisemitismus, Rassismus gegen Schwarze Menschen, Rassismus gegen Sinti und Romnja sowie Diskriminierung von LGBTIQ+-Personen, behinderten Menschen oder Frauen.

Zweitens: Antimuslimische Ressentiments finden sich in allen Bevölkerungsgruppen und bilden den Nährboden und das Einfallstor für rechte Ideologien. Antimuslimischer Rassismus wird instrumentalisiert, um extreme Positionen anschlussfähig zu machen. Wenn rechtspopulistische Themen und Narrative die Musliminnen und Muslime beispielsweise als vermeintlich gefährliche andere Zugewanderte konstruieren, durch demokratische Parteien übernommen und weiter normalisiert werden, verfängt das in der Mitte der Gesellschaft, und das Ergebnis der Europawahlen sollte wirklich ein Warnsignal sein. Die Zunahme von antimuslimischem Rassismus hat Auswirkungen auf den sozialen Zusammenhalt, auf die Demokratie und aufgrund der Ausgrenzungserfahrungen und der Entsolidarisierung mit Betroffenen ist das Vertrauen der Communitys erodiert, und Sie müssen sich fragen, welche Vorsorge und Maßnahmen Sie jetzt treffen, um diese Stadtgesellschaft zusammenzuführen und das Vertrauen, vor allem der Menschen, die antimuslimischen Rassismus erfahren, zurückzugewinnen.

Zum letzten Punkt: Die Dokumentation und Erfassung aller Phänomenbereiche und die Arbeit von Beratungsstellen für alle betroffenen Gruppen ist ein ganz zentraler Baustein von vielen weiteren strukturellen Maßnahmen in Berlin, um Übergriffe und Diskriminierung zu erkennen, zu bekämpfen und Betroffene zu unterstützen. Nur so können Sie dieses Vertrauen in die Politik und in die Institutionen und damit letztlich auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken. – Danke schön!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Vielen Dank, Frau Hanano, für Ihre Äußerungen! – Frau Kopp! Dann haben Sie das Mikrofon. – Bitte, Sie haben das Wort!

Julia Kopp (Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin – RIAS –; Projektleiterin): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrter Herr Staatssekretär! Sehr geehrte Mitglieder des Fachausschusses für Integration, Frauen und Gleichheit, Vielfalt und Antidiskriminierung! Ich bedanke mich sehr herzlich im Namen der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin für die Einladung!

Die zivilgesellschaftliche, betroffenenorientierte Dokumentation antisemitischer Vorfälle auf der Grundlage der Arbeitsdefinition von Antisemitismus der International Holocaust Remembrance Alliance, der IHRA, ist in Berlin in der Trägerschaft des VdK e. V. fest etabliert. RIAS Berlin war 2015 die deutschlandweit erste Meldestelle für antisemitische Vorfälle und für Betroffene und Zeuginnen und Zeugen von Antisemitismus. Wir arbeiten dicht an der Seite der jüdischen Synagogengemeinden und Communitys. Ein enger und wichtiger Austausch

findet auch mit den Berliner Registern statt. Ich finde es sehr gut, dass wir heute als Vertreterinnen der verschiedenen Phänomenbereiche zusammensitzen und unsere Daten hier vorstellen.

Ich stelle Ihnen kurz die zentralen Ergebnisse der Analyse „Antisemitische Vorfälle in Berlin 2023“ vor. Das ist sehr verknüpft und sehr verkürzt, aber wir stehen Ihnen immer gern für Einschätzungen zur Verfügung, zum Beispiel, was die mehrjährigen Entwicklungen angeht, aber auch die innerjährlichen Dynamiken antisemitischer Vorfälle, genauso wie die bezirklichen Verteilungen oder auch die inhaltlichen Ausprägungen des Antisemitismus in der Bundeshauptstadt.

Der 7. Oktober war eine Zäsur. Er hat einen sprunghaften Anstieg antisemitischer Vorfälle in Berlin, aber auch weltweit ausgelöst. RIAS Berlin hat 2023 in der Hauptstadt insgesamt 1 270 antisemitische Vorfälle registriert. Das ist selbst bei einem konstanten Hoch des Antisemitismus auch für uns eine Art historischer Höchststand. Das kann man nicht anders sagen. Über 60 Prozent dieser Vorfälle ereigneten sich seit dem 7. Oktober. Darunter sind zwei Fälle extremer Gewalt, 34 physische antisemitische Angriffe, 49 Bedrohungen, 52 gezielte Sachbeschädigungen und 1 121 Fälle verletzenden Verhaltens, darunter viele Fälle Face to Face. Außerdem gab es noch zwölf Massenzuschriften. Dabei ist festzuhalten, und ich denke, das ist wichtig, dass antisemitische Vorfälle sich nicht erst im Zusammenhang mit dem Krieg Israels gegen die Hamas ereigneten, sondern wir bereits am 7. Oktober antisemitische Reaktionen auf den Straßen von Berlin, im ÖPNV sowie online erfassen konnten. Auch hier haben wir immer wieder Vorfälle, bei denen spezifisch Bezug genommen wird, beispielsweise auf die sexualisierte Gewalt, am 7. Oktober.

Alarmierend und äußerst besorgniserregend ist der Anstieg der Zahl der Vorfälle antisemitischer Gewalt und Bedrohungen, die wir seit dem 7. Oktober registriert haben. Die Anzahl von insgesamt 34 antisemitischen Angriffen scheint im Verhältnis zu den anderen 1 100 Vorfällen vielleicht eher gering; sie haben aber eine enorme Strahlkraft, und ich denke, es gilt für alle Phänomenbereiche, über die wir heute sprechen, dass physische Formen von antisemitischer oder auch rassistischer Gewalt immer eine enorme Wirkung über die einzelne Person hinaus haben, weil sie in Freundeskreise und Communities hineinstrahlen. 20 Vorfälle davon haben sich seit dem 7. Oktober, also innerhalb von drei Monaten, ereignet. Daneben erfassen wir aber auch, und dass es für die qualitative Enthemmung wichtig, verstärkt Vernichtungsfantasien und Drohungen, die sich nicht nur gegen Israel, sondern auch gegen Jüdinnen und Juden in Berlin richten. Beispielsweise die Schmiererei, die in der Nähe einer Berliner Hochschule dokumentiert wurde, richtet sich ganz gezielt an Jüdinnen und Juden.

Mit Bezug zum 7. Oktober erfassen wir seit dem 7. Oktober gezielte Mobilisierungen auf den Berliner Straßen. Rund 56 der Versammlungen des letzten Jahres fanden auch hier seit Oktober bis Ende des Jahres statt. Wir haben weiterhin ein extrem dynamisches Versammlungsaufkommen. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass das nicht allein die Vorfälle sind, die wir erfassen. Wir haben auch ein erhöhtes Aufkommen antisemitischer Vorfälle im Wohnumfeld, das heißt, im unmittelbaren Nahbereich von Personen, der eigentlich ein Ort der Sicherheit und ein Rückzugsraum sein soll. Gerade in der aktuellen Situation, in der der öffentliche Raum geprägt von antisemitischen Schmierereien oder antisemitischen Äußerungen ist, sind das sehr sensible Orte ebenso wie Schulen, wo Personen dem institutionellen Rahmen auf eine andere Art und Weise ausgesetzt sind als in anderen Räumen.

Noch kurz zwei Punkte dazu: In der Zäsur des 7. Oktober zeigt sich aber auch die Kontinuität. Der israelbezogene Antisemitismus beispielsweise war schon vor dem 7. Oktober die Erscheinungsform, die im vergangenen Jahr das Vorfallesgeschehen am stärksten geprägt hat. Das war in den Jahren davor nicht der Fall. Hier sehen wir vor allem Handlungsunsicherheiten, die damit einhergehen, die aber wiederum den Effekt darauf haben, dass sich von Antisemitismus Betroffene sehr schnell alleingelassen fühlen, wenn Formen von Antisemitismus nicht richtig eingeordnet, bagatellisiert oder nicht erkannt werden.

Damit komme ich zum letzten Punkt und zu dem, der am gravierendsten ist: Der 7. Oktober war vor allem eine Zäsur für Jüdinnen und Juden und Israelis in dieser Stadt. Schutzmaßnahmen vor jüdischen Einrichtungen mussten erhöht werden. Jüdische Personen ergriffen aber auch ganz persönlich Maßnahmen, um nicht als jüdisch erkennbar zu sein. Ob Hebräisch in der Öffentlichkeit gesprochen wird, ob die Mesusa an der Tür gelassen wird, ob man seine Kinder in die Schule schickt, ob der jüdische Name am Klingelschild geändert wird, ob eine Kippa getragen oder durch eine Mütze oder ein Cap versteckt wird, welche U-Bahn man nimmt, ob die Davidsternkette sichtbar getragen oder unter dem Pullover versteckt wird, woüber am Handy oder in der Bahn gesprochen wird, welche Webseite man öffnet – all das sind Fragen, die den Alltag auf gravierende Art und Weise einschränken und jüdisches Leben seitdem noch weniger sichtbar machen, als es vorher der Fall war. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Vielen Dank, Frau Kopp, auch für Ihre Äußerungen und Ausführungen! – Dann sind wir in der Aussprache. Ich habe folgende Wortmeldungen, einmal von Frau Auricht und Herrn Lindemann, jeweils von der AfD-Fraktion, von Herrn Özdemir von der SPD, von Frau Eralp von der Fraktion Die Linke, von Herrn Walter von Bündnis 90/Die Grünen und von Herrn Grasse von der CDU. In der Reihenfolge rufe ich auf. Ich habe zwei Bitten, einmal, dass Sie sich möglichst kurzhalten, nicht länger als die Anzuhörenden reden. Es gibt viele, die mir den Hinweis gegeben haben, dass wir die Sitzung um 17 Uhr beenden. Noch eine Bitte: Es wurde mir eben mitgeteilt, dass TOP 6 vertagt werden soll, wenn das Ihre Zustimmung findet. – Das findet nicht Ihre Zustimmung. Dann sage ich jetzt nichts weiter, sonst hätte ich nämlich die Mitarbeiterin hier entlassen. – Dann setzen wir mit der Aussprache fort. – Frau Auricht! Sie haben das Wort.

Jeannette Auricht (AfD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank an die Anzuhörenden! Ich fange gleich mal an. Frau Balog! Sie haben gesagt, Sie haben mit vielen Fällen von Diskriminierung bei Behörden zu tun. Dokumentieren Sie die nur, oder geht es dann auch weiter, dass Sie sagen: Wir überprüfen das, wir führen das eventuell zur Anzeige? Wie ist der Ablauf? Eine pure Dokumentation ist zwar schön, aber das hat keine Nachwirkungen, keine Folgen. – Das wäre die erste Frage.

Dann hätte ich eine Frage an Frau Becker. Inwiefern werden die Fälle, die Sie im Register gemeldet bekommen, auf Wahrheit überprüft? Wie können Sie sicherstellen, dass ein Vorfall ein Vorfall ist und nicht ein Aufkleber mehrmals gemeldet wird? Wie können Sie sicherstellen, dass nicht eine Person viele Aufkleber auf die Straßenlaternen oder wo auch immer hin klebt? Das würde die Zahlen irgendwie verfälschen.

Mich würde interessieren: Wie viele Fälle sind doch noch von der Meinungsfreiheit gedeckt? Wie viele bewegen sich im straffrelevanten Raum, und wie viele wurden zur Anzeige ge-

bracht? Mich würde auch interessieren, inwieweit die pure Dokumentation den Diskriminierten helfen kann. Ich sehe keine große Hilfe für die Diskriminierten. Man hat dann zwar eine ungefähre Zahl von angeblichen Vorfällen, die stattgefunden haben oder nicht, aber eine Hilfe für die Leute, die davon betroffen sind, ist das immer noch nicht. Da würde mich interessieren, wie das weitergeht.

Noch mal an Frau Becker, wenn Sie sagen, gerade im Osten der Stadt sind die Fälle jetzt so wahnsinnig gestiegen: Ich habe im Berliner Register gelesen, es wurden Fälle gemeldet wie Infostände von rechten oder rechtskonservativen Parteien beziehungsweise Flyer in den Briefkästen. Ich kann Ihnen sagen, zum Wahlkampf haben wir unheimlich viele Flyer verteilt. Das muss bei Ihnen in der Statistik ordentlich reingehauen haben. – Das wäre es erst mal. Vielen Dank!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Herr Lindemann! Sie haben das Wort.

Gunnar Lindemann (AfD): Herzlichen Dank! – Als Erstes interessiert mich von Frau Kopp, die den Antisemitismus beklagt, wie viel Prozent des Antisemitismus von Muslimen, von Islamisten kommen. Sie haben selbst den Gaza-Krieg angesprochen, dass der wohl ein Grund für den erhöhten Antisemitismus ist. Dann wäre auch interessant, wie viel Antisemitismus von Linksextremen kommt, die die Gaza-Kämpfer unterstützen. Die werden insbesondere aus dem linken Spektrum unterstützt. Das würde mich sehr interessieren.

Bei Frau Balog möchte ich noch ein bisschen weiter gehen als Frau Auricht. Ich würde gern wissen, wie viele der von Ihnen erfassten Fälle vor Gericht landen. Mich würde auch interessieren, ob Sie nur Probleme dokumentieren, die gegen Sinti und Roma auftreten, oder ob Sie auch Fälle dokumentieren, wo Sinti und Roma der Berliner Bevölkerung Probleme machen. Das schlechte Image von Sinti und Roma kommt nicht von ungefähr. Wenn Sie mit der S-Bahn fahren und sehen Bettelbanden, die durch den Zug laufen oder am Bahnhof stehen – [Zurufe] –, ich habe mehrere Anfragen dazu gestellt, das wurde vom Ordnungsamt in Berlin-Mitte bestätigt –, ist das vielleicht auch ein schlechtes Image. Da sollte man mal überlegen, ob man den Menschen vielleicht erklärt, dass das für Ihr Image nicht förderlich ist. – [Zuruf] – Jetzt rede ich, und Sie können danach reden. Immer mit der Ruhe. – [Zuruf] – Ich halte mich an die Regeln. Hab mal keine Sorgen da hinten auf den billigen Plätzen.

Das Berliner Register: Ich habe mir die Vorfälle mal angeguckt, was Sie da machen: extremer rechter Aufkleber – –

Vorsitzende Ülker Radziwill: Herr Lindemann! Darf ich einmal ganz kurz? Sie haben zwar das Wort, aber auch für Sie gilt, dass Sie andere nicht beleidigen.

Gunnar Lindemann (AfD): Das gilt auch für andere. Die haben mich nicht zu beleidigen.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Er hat Sie nicht beleidigt – [Gunnar Lindemann (AfD): Gut!] –, aber Sie dürfen auch nicht „billige Plätze“ sagen. Ich habe genau zugehört, was Herr Orkan Özdemir gesagt hat. Das Wort „billige Plätze“ ziehen Sie bitte zurück! – Sie haben das Wort.

Gunnar Lindemann (AfD): Gut, dann ziehe ich das Wort gern zurück. – Wenn ich dann im Berliner Register lese: rechte Aufkleber, Internetpostings von AfD-Marzahn-Hellersdorf-

Abgeordneten, wieder rechte Aufkleber, JA-Aufkleber der AfD-Jugendorganisation, Postings von Marzahn-Hellersdorfer Abgeordneten –, das geht hier in einem so weiter, alles nicht strafrechtlich relevant, alles im Prinzip Blödsinn. Dafür werden hier Millionenbeträge ausgegeben, um so etwas zu dokumentieren. Für mich ist das eine Meldestelle 2.0 wie die Stasi früher. Das ist die Arbeit, die früher die Stasi gemacht hat.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Der Staatssekretär Max Landero hat das Wort.

Staatssekretär Max Landero Alvarado (SenASGIVA): Ich bin eher dafür bekannt, dass ich diplomatisch antworte, aber ich finde diesen schäbigen Rassismus sehr schlimm, und dieser Debattenbeitrag hat gezeigt, wie wichtig die Arbeit der Mitarbeitenden ist, denn das, was Sie gerade gezeigt haben, spricht für sich, und ich glaube, das wird noch auf Sie zurückfallen. – [Zuruf von Gunnar Lindemann (AfD)] – Sie hatten sich gerade beschwert, dass Ihnen ins Wort gefallen wird. Der Anstand gebietet, dass ich auch aussprechen darf.

Ich möchte nur mal klarstellen: Die Fälle, die dort dokumentiert sind, sind weder ein öffentlicher Pranger, noch sind es Maßnahmen, um Menschen in irgendeiner Art und Weise zu diskreditieren, sondern sie dienen zur Dokumentierung von rassistischen und diskriminierenden Vorfällen in unserer Stadt, und das ist leider in dieser Stadt Alltag. Die Zahlen, die dort generiert werden, dienen uns als Orientierung, auch für Maßnahmen und Projekte, beispielsweise im Berlin-Monitor, auf dem wir unserer Handlungsfelder und Maßnahmen aufbauen. Das bedeutet, diese Arbeit ist existenziell wichtig, dass dort Zivilgesellschaft aktiv wird, sich bei uns meldet und wir ähnlich wie in anderen Prozessen das in die Verwaltungsarbeit einfließen lassen. Wir haben jetzt gerade noch einen Fall mehr erlebt, der gemeldet werden könnte. Ich muss ganz ehrlich sagen, ich glaube, im Namen des gesamten Senats: Rassismus, Diskriminierung und Ausgrenzung sollten in unserer Stadt keinen Platz haben. Abgeordnete dieses Hohen Hauses sollten Anstand gegenüber den Menschen in dieser Stadt repräsentieren.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Jetzt hat Orkan Özdemir das Wort. – Bitte!

Orkan Özdemir (SPD): Als Erstes möchte ich mich als Abgeordneter bei unseren Gästen für das, was Sie hier heute erleben mussten, entschuldigen. Ich hoffe, es ist nur eine Frage der Zeit, und dann sind wir diese Neonazis los. – [Zuruf von Gunnar Lindemann (AfD)] – Verklage mich doch, verklage mich! Dann gewinne ich, und dann darf man Sie offiziell so nennen. Das finde ich gut.

Kommen wir mal zurück zum Thema: Sie machen eine ganz wichtige Arbeit. Die erste Frage ist: Was ich zum Beispiel melde, ich habe alle diese E-Mail-Adressen, bei manchen geht es über Signal und so weiter, ganz praktisch: Foto machen, hinschicken, sagen, wer ich bin, wo das passiert ist und so weiter. Sind das meistens Sticker oder ekelhafte Zeichnungen oder so etwas in der Art, oder werden wirklich konkrete Gewaltvorfälle gemeldet? Wenn diese Gewaltvorfälle gemeldet werden, körperliche, physische Gewaltvorfälle, was empfehlen Sie den Opfern? Viele dieser Geschichten werden nicht angezeigt. Ich fand eben die Zahl von der Berliner Registerstelle spannend, dass Sie die Vermutung hat, dass nur 10 Prozent des Dunkelfeldes erhellt werden. Das ist fast schon beängstigend.

Dann ist noch die Frage: Wenn man dieses Potenzial sieht, weitere 90 Prozent Dunkelfeld, was machen Sie, oder was brauchen Sie, um Ihr Angebot in die breite Bevölkerung zu brin-

gen, damit diese Dunkelfelder erhellt werden können? Dann können Sie uns vielleicht noch ein bisschen von Ihren Erfahrungen berichten, Sie sind ja auch Verweisberaterinnen, und vielleicht ein paar Zahlen nennen, wie viele Menschen Sie an andere Beratungsstellen verweisen.

Ganz interessant: Im Kontext der gesellschaftlichen Entwicklungen wäre es spannend, wenn Sie uns sagen könnten, was Ihre Prognose ist, wie sich die Zahlen und die Fälle, die Sie bearbeiten, entwickeln werden oder könnten, und was das im Kontext von Mitteln in den nächsten Jahren bedeuten würde, damit wir ein Bild haben. – Danke!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Frau Eralp! Sie haben das Wort.

Elif Eralp (LINKE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Wir werden diese Anhörung, die wichtig ist, mit Sicherheit nicht von Rechtsextremisten und Rassisten vereinnahmen lassen. Vor allem der Rassismus, der gegen Romnja und Sintize geäußert wurde, erinnert mich leider an das dunkelste Kapitel Deutschlands, wo im Holocaust nicht nur Millionen jüdischer Menschen ermordet wurden, sondern auch bis zu einer halben Million Romnja und Sintize. Deswegen möchte ich das hier auf das Schärfste zurückweisen.

Jetzt komme ich zu meinen Fragen. Erst mal einen riesigen Dank an alle Anzuhörenden für Ihre wichtige und wertvoller Arbeit für die Zivilgesellschaft, für die Berlinerinnen und Berliner, für die verschiedenen Communitys, für die Sie eine spezialisierte Anlaufstelle sind und für uns alle, für die Demokratie.

Ich versuche mal, zu allen Bereichen ein paar Fragen zu stellen. Sie haben alle, auch Sie, Frau Kopp, dargestellt, was das für die Menschen individuell bedeutet, auch die Angst und die Sorge. Wir haben den Anstieg der Zahlen alle beunruhigt wahrgenommen.

Mich würde interessieren, deswegen wurde auch von uns mit den Grünen gemeinsam vor allem dieser Punkt Finanzierung, Förderung noch mal angemerkt, wo Sie glauben, wo es noch Förderbedarfe oder Präventionsbedarfe gibt. Beispielweise hätte ich auch eine Aufstockung des Antisemitismusbeauftragten des Senats im Personal gut gefunden, oder: Was ist sozusagen Ihre Position zu diesen zusätzlichen Bedarfen aufgrund der erhöhten Fallzahlen und der Betroffenen?

Sie haben auch noch mal gesagt, Frau Balog, dass Schule und der ganze Bildungsbereich sehr problematisch ist. Was sind Ihre Forderungen, oder was wünschen Sie sich in dieser Hinsicht? Es gibt verschiedene Projekte, die Community basiert arbeiten. Was könnte da noch beitragen, um die Diskriminierungen zu verringern? Wo sehen Sie noch Förderbedarf, Präventionsbedarf et cetera?

Dann an Sie, Frau Hanano, die Frage: Wir haben eben gehört und wissen das auch durch die Berichte von CLAIM, von Ihnen, aber auch von UEM, dass auch die Zahlen des antimuslimischen Rassismus massiv steigen. Es gab hier auch eine Expertinnen- und Expertenkommission im Land Berlin und bestimmte Empfehlungen. Was würden Sie im Hinblick auf den Umsetzungsstand der Empfehlungen sagen, und was sind sozusagen Ihre Vorstellungen, wo es weiteren Bedarf gibt?

An die Berliner Register richtet sich im Prinzip auch die Frage, welchen zusätzlichen Bedarf Sie sehen oder inwieweit Sie Hoffnung haben, dass das hoffentlich bald kommende Demokratiefördergesetz hier auch ein Beitrag sein kann, um vorzugehen. Falls Sie das auch noch sagen können, an Sie alle gerichtet, was Sie auf der institutionellen, strukturellen Ebene für Probleme sehen oder ob Sie dazu Vorschläge haben, wie man da Verbesserungen vornehmen kann, damit sich die Diskriminierungen, der Antisemitismus, Rassismus, Antiziganismus insgesamt verringert. Wie können auch die öffentlichen Einrichtungen da ihre Arbeit verbessern? – Ich glaube, ich hatte noch ein paar Punkte, aber ich lasse es erst mal dabei, auch aufgrund der Zeit. – Vielen Dank!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Vielen Dank, Frau Eralp! – Dann, Herr Walter, haben Sie das Wort!

Sebastian Walter (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Auch ich möchte für meine Fraktion den offenen Rassismus der AfD hier zurückweisen. Ich kann Ihnen nur raten, das zu tun, was Sie sonst hier machen, nämlich zu schweigen. – [Gunnar Lindemann (AfD): Das könnte Ihnen so passen!] – Das würde Ihnen besser, auch in diesem Punkt, zu Gesicht stehen. Ansonsten würde ich die Vorsitzende des Ausschusses bitten, zu prüfen, wenn das Wortprotokoll vorliegt, ob auf die Aussagen, die hier im Raum standen, eine Konsequenz zu folgen hat. Dafür wäre ich sehr dankbar.

In der Sache selbst hätte ich zunächst zwei Fragen. – [Zuruf von Gunnar Lindemann (AfD)] – Wo ist denn jetzt Ihr guter Anstand? Jetzt reden Sie mir hier rein. – [Zuruf von Elif Eralp (LINKE)] – Ich hätte zwei Fragen an die Anzuhörenden.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Können wir uns bitte alle konzentrieren. Ich denke, die Anhörung ist in unser aller Interesse. – Herr Walter, führen Sie bitte fort!

Sebastian Walter (GRÜNE): Danke sehr! – Viele Fragen wurden genannt. Ich würde mich auf zwei konzentrieren wollen. Das eine ist: Welche Hinweise und Wünsche haben Sie an uns als Parlament und auch an den Senat, wie wir Sie unterstützen können, gerade auch angesichts der Bedingungen, die Sie uns noch mal dargestellt haben, wie heftig und krass die Situation in den einzelnen Phänomenbereichen ist?

Das Zweite ist, das wurde schon genannt, Dunkelfelderhellung, was dort Ihre Empfehlungen sind. Das eine ist, glaube ich, Angebote bekannter zu machen, aber ich glaube, das reicht nicht. Ich bin sicher, dass Sie uns da auch noch mal zusätzliche konstruktive Tipps geben können.

Ich habe zwei Fragen an den Senat. Frau Balog hatte gerade für DOSTA sehr konkret berichtet, im Umgang mit den Behörden kommt es zu umfangreicher Diskriminierung in den Jobcentern und Familienkassen. Das ist ehrlicherweise nicht ganz neu, auch das ist in Berichten schon aufgetaucht. Zumindest, was die Familienkassen angeht, ist das auch ein Zuständigkeitsbereich des Landesantidiskriminierungsgesetzes. Bei Jobcentern wissen wir, dass es mit der gesetzlichen Zuständigkeit etwas komplizierter ist. Meine konkrete Frage an den Senat ist, was der Senat macht, um hier Diskriminierung im Auftrag von Behörden abzustellen.

Die zweite Frage, ich habe die auch im Plenum letzte Woche schon bestellt, ist: Bei der Senatsverwaltung für Kultur und gesellschaftlichen Zusammenhalt gibt es im Moment 20 Millionen Euro – die werden jetzt auch nicht durch die PMA-Auflösung angegriffen – für dieses und nächstes Jahr für Projekte gegen Antisemitismus. Letzte Woche im Plenum konnte uns nicht gesagt werden, für was diese Mittel verwendet werden sollen. Es wird darauf verwiesen, dass noch Konzepte erstellt werden und es möglicherweise im Herbst zu einem Mittelabfluss kommt. Wir sehen auch gerade im Bereich Antisemitismusprävention, dass ein großer Bedarf festgestellt wird. In der alten roten Nummer im Hauptausschuss wurde auch angedeutet, dass Geld an die Landesantidiskriminierungsstelle in auftragsweiser Bewirtschaftung fließen soll. Ich würde deswegen jetzt hier konkret fragen wollen: Finden diese Gespräche statt? Gibt es Vorüberlegungen, von diesen 10 Millionen Euro, damit überhaupt noch irgendetwas abfließt, etwas über die LADS im Bereich Antisemitismusprävention abfließen zu lassen?

Vorsitzende Ülker Radziwill: Herr Graßelt, Sie haben das Wort! Ihnen folgt der Kollege Dr. Nas.

Niklas Graßelt (CDU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich glaube, zu den Ausführungen der AfD haben meine Vorredner genug gesagt, und wir sollten uns jetzt wieder um die Themen kümmern. Liebe Anzuhörende! Auch wir halten Ihre Arbeit nicht für Blödsinn. Das ist ein klares Commitment der CDU-Fraktion. Viele Fragen wurden an der Stelle schon gestellt, und mit Blick auf die Zeit und da mein Kollege von der CDU-Fraktion auch noch Fragen stellen will, werde ich es ein bisschen eingrenzen. Ich habe eine Frage an Frau Becker. Ich habe mir die Zahlen der Berliner Registerstellen über die letzten Jahre hinweg angesehen. Wir haben 2021 4 800 Fälle gehabt, 2022 dann nur – in Anführungszeichen – 4 100 Fälle und jetzt wieder 5 200 Fälle. Mich würde interessieren: Wie kommt es, dass wir im Jahr 2022 einen doch im Verhältnis relativ großen Abstieg hatten und jetzt wieder einen relativ großen Anstieg?

Darüber hinaus habe ich mir angesehen, dass die RIAS – das wurde gerade auch schon von Frau Kopp mitgeteilt – 1 270 antisemitische Fälle in diesem Jahr registriert hat. Bei den Berliner Registerstellen sind das 1 113. Eine generelle Frage an alle Anzuhörenden heute: Sie haben gesagt, Sie vernetzen sich. Inwiefern kann ausgeschlossen werden, dass dort Doppelungen vorkommen? Inwiefern wird das von Ihnen miteinander abgestimmt? Müssen wir davon ausgehen, dass wir 1 270 antisemitische Vorfälle haben, oder müssen wir die von den Berliner Registerstellen noch draufrechnen und haben dann über 2 000? Das würde mich noch interessieren.

Ansonsten habe ich eine Frage an Frau Kopp, wie die Zahlen jetzt im Jahr 2024 bisher sind. Ich glaube, Sie erfassen das monatlich. Vielleicht können Sie dazu schon etwas sagen, und ob das auch mit Blick auf die Entwicklung in Gaza und Israel darauf schließen lässt, dass es eine potenzielle oder exponentielle Steigerung mit Verlauf des Krieges gibt oder ob da ein genereller Antisemitismus ist, der nur mit diesem Ereignis am 7. Oktober noch mal hervorgerufen wurde und jetzt hemmungsloser verbreitet wird, weil die generelle politische Debatte in diesem Land zurzeit immer hemmungsloser wird. – Vielen Dank!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Herr Dr. Nas, Sie haben das Wort!

Dr. Ersin Nas (CDU): Ich danke Ihnen, Frau Vorsitzende! – Ich danke auch den Anzuhörenden für Ihre wertvollen Hinweise! Wie wichtig diese Anhörung ist und auch Ihre Arbeit, das hat uns heute der Redebeitrag der AfD-Fraktion noch mal vor Augen geführt. Auch wenn die AfD-Fraktion Ihre Arbeit und die Berliner Register für überflüssig halten, wir tun das nicht und schätzen auch entsprechend Ihre Arbeit.

Ich will mich ganz kurz fassen. Frau Hanano! Sie haben zum Thema antimuslimischen Rassismus oder Muslimfeindlichkeit gesagt, dass auch diese Zahlen stark angestiegen sind. Sie haben von einer Dokumentation gesprochen, die Sie demnächst veröffentlichen wollen. Könnten Sie zu der Dokumentation noch ausführen? Sind das Fälle, da Sie auch meinten, Moscheen wurden angegriffen oder entsprechend attackiert, der Verbände, der Einzelpersonen, und was wird da dokumentiert?

Dann komme ich zum Dunkelfeld. Das wurde hier auch angesprochen. Haben Sie den Eindruck, dass die Leute eine gewisse Hemmung haben, Ihnen Dinge mitzuteilen, oder wie ist die Intensität? Hat man das Maß einer strafbaren Handlung erreicht und Sie bekommen das, oder wie ist es, wenn die dann zu Ihnen kommen? Können Sie sagen, da gibt es eine große Dunkelziffer, die nicht angezeigt wird, oder können die Personen, die bei Ihnen sind, auch über andere Fälle von Kollegen berichten, die das Gleiche erleben?

Dann eine Frage an Frau Kopp: Frau Kopp, Sie haben, gerade im Hinblick auf den Antisemitismus, den wir auch selber ganz häufig lesen und hören, von der Einschränkung im Alltag gesprochen. Wir haben leider Antisemitismus an den Schulen, an unseren Universitäten und vielerorts. Da werden auch Maßnahmen an den Universitäten angesprochen. Geht es dann soweit, dass die Studierenden und die Schülerinnen und Schüler nicht zur Schule gehen oder sich mehr zurückziehen? Sie haben gesagt, sie tun alles, um sich nicht mehr öffentlich und äußerlich als Jude erkennbar zu machen, indem man auf eine Kippa verzichtet oder Ähnliches. Heißt das dann, dass die sich komplett zurückziehen oder anders organisieren, anders

strukturieren? Wenn Sie da vielleicht noch mal auf diese Einschränkung eingehen könnten, wäre ich Ihnen sehr dankbar. – Danke schön!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Frau Eralp! Sie hatten sich noch mal gemeldet.

Elif Eralp (LINKE): Ja, mir ist noch etwas eingefallen, denn es gab gerade den NaDiRa-Bericht und auch den Rassismusmonitor, und da kam noch mal raus, dass vor allem verschiedene Gruppen, aber auch muslimisch gelesene Personen armutsgefährdet sind. Können Sie zu diesem Komplex soziale Frage und Rassismus auch aus Ihren Erfahrungen etwas sagen? Speziell wurde dort auch angesprochen und auch im letzten Bericht schon, dass Kopftuch tragende Frauen häufig betroffen sind. Vielleicht können Sie dazu noch mal etwas sagen.

An alle noch mal die Frage: Wir haben eben über Förderung und Prävention auch die Frage der Maßnahmen schon angesprochen, aber was ist zum Beispiel mit: Gibt es genug Empowerment und Safe Spaces für alle betroffenen Personengruppen, auch weil wir gerade darüber gesprochen haben? Es ist natürlich keine Lösung, sich in bestimmte Räume zurückzuziehen, sondern man soll natürlich auch nach außen sichtbar die Symbole tragen können, ohne Angst zu haben. Aber trotzdem denke ich, ist es wichtig, auch diesen Bereich fördermäßig abzudecken. Gibt es da noch Bedarfe, die nicht abgedeckt sind? – Danke!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann sind wir am Ende der Aussprache. – Herr Staatssekretär Landero hat um das Wort gebeten. Er bekommt es auch, und danach kommen Sie mit der Antwortrunde dran.

Staatssekretär Max Landero Alvarado (SenASGIVA): Vielen Dank! – Ich glaube, es ist noch mal deutlich geworden, wie sehr uns alle das Thema umtreibt. Wir haben tatsächlich eine Reihe von Maßnahmen und Handlungsfeldern in dem Bereich. Die erst mal wichtigste Quelle, und die wurde vorhin schon von Frau Balog genannt, ist natürlich das LADG als Bezugspunkt und auch als Medaille mit zwei Seiten: Einerseits die Seite der Prävention und dann natürlich auch noch mal die Frage, wie man, wenn Fälle auftauchen, damit umgeht. Natürlich haben wir da große Maßnahmen im Blick, auch Diversity-Schulungen. Wir haben auch die LADS-Akademie. Wir haben eine Reihe von Programmen. Das Diversity-Landesprogramm war erst letztens hier Thema, wo wir uns natürlich genau darum kümmern, wie Verwaltung sensibler, diskriminierungsfreier und hoffentlich auch komplett frei wird.

Darüber hinaus haben wir natürlich die Arbeit der Ombudsstelle, die eventuell auch gleich noch mal Thema sein wird, die Beschwerden aufnimmt und dann rechtliche Fragestellungen dort behandelt. Wir haben auch mit BQN eine Organisationsberatung und darüber hinaus natürlich auch andere Verwaltungseinheiten, die geschult werden, wie etwa bei der Polizei. Wir haben auch jenseits der LADS die Instrumente, die beispielsweise der Ombudsfunktion der Integrationsbeauftragten zur Verfügung stehen. Insbesondere sind mir da Fälle bekannt, wo sie ans Jobcenter schreibt und sich da praktisch persönlich mit ihrem Team bei Fällen einsetzt. Das bedeutet, wir haben da schon ein Netz und einen Katalog von Maßnahmen, der an der einen oder anderen Stelle nicht ausreichend, aber auf jeden Fall erst mal vorhanden ist.

Darüber hinaus ist es mir natürlich noch mal wichtig zu sagen, dass die Projekte, die beispielsweise im Bereich Antisemitismusprävention sind, alle wir maßgeblich finanzieren. Herr Walter hatte darauf hingewiesen. Andere Verwaltungen machen auch Übungen in dem The-

menfeld, aber ich glaube, wir sind in diesem Jahr mit 2,9 Millionen Euro Plansumme, was das Themenfeld Antisemitismusprävention beispielsweise angeht, schon am weitesten und auch am seriösesten unterwegs. Da schließt sich die Frage an, wie die Gespräche mit der befreundeten Kulturverwaltung an der Stelle laufen. Wir haben über allgemeine Gespräche, die man führt, um zu eruieren, was praktisch läuft, auch im Zuge der Vorbereitung und der Klärung der Federführung des Landesdemokratiefördergesetzes, in Vorbereitung der ersten Demokratietagung, mal nachgefragt, aber es gibt keine Vorgänge oder keine fertigen Konzeptionen, wie wir das miteinander besprechen. Ich hatte tatsächlich die Ansprechperson gegen Antisemitismus, Herrn Samuel Salzborn, auch noch mal in einem letzten Jour fixe gebeten, das Gespräch zu suchen, weil wir natürlich am Ende an der Sache interessiert sind. Es hilft nichts, mit dem Finger aufeinander zu zeigen und zu sagen: Er bekommt es nicht hin, oder die bekommen es nicht hin, was gar nicht meine Kenntnis ist, wie da der wirkliche Stand ist. Ich habe da auch nur die Presseberichterstattung und Ihren Instagram Post davon gesehen, aber tatsächlich habe ich da eher ein fachliches Interesse, dass wir beispielsweise diese Arbeit von RIAS und anderen Organisationen stärken und dass wir bei den Betroffenen auch ankommen.

Darüber hinaus lassen Sie mich noch ein paar Sätze zu den anderen Themenbereichen, die wir haben, sagen. Ich glaube, wir haben uns schon bemüht, jetzt insbesondere auch mit der Einsetzung der Expertinnen- und Expertenkommissionen den Faden wieder aufzunehmen und dort das Thema wieder anzupacken. Ich glaube, wir haben im letzten Jahr auch noch mal einen IBV gemacht. Den genauen Stand kenne ich jetzt nicht. Da müsste mich Herr Bünermann unterstützen, oder vielleicht weiß es Frau Hanano sogar besser als ich. Sie nickt. Das scheint ganz erfolgreich ausgegangen zu sein. Das bedeutet, dass wir da natürlich auch Geld in die Hand nehmen, um genau diese Bereiche zu besprechen. Wenige Tage nach diesem Vorfall in der U-Bahn war ich auch bei Ihnen in den Räumlichkeiten, und da haben wir darüber gesprochen, und das war auf jeden Fall immer ein enger und vertrauensvoller Austausch. Ich möchte auch an dieser Stelle sagen: Wer glaubt, Antisemitismus mit antimuslimischem Rassismus bekämpfen zu können, ist, glaube ich, falsch unterwegs und dem ist an der Stelle auch nicht wirklich viel geholfen.

Darüber hinaus, natürlich werden wir uns das Thema Antiziganismus noch mal anschauen, sind wir dort gerade in der internen Mitzeichnung, was das Thema der Wahlordnung für den Beirat angeht. Wir wollen – das ist ähnlich wie die Besprechungspunkte, die wir vorher hatten – dort ein partizipatives, umfassendes Verfahren machen, um dann praktisch zu der Ansprechperson hinzukommen, die vereinbart ist und die auch kommen wird. Das ist jetzt aber gar nicht negativ gemeint, aber eine Partizipation und ein ordentlicher Prozess ist dann auch wieder ein Thema, das natürlich Zeit braucht, und genau in diesem Prozess befinden wir uns. Wir versuchen natürlich, da alles möglich zu machen, um dann auch mit der Bundesebene an der Stelle gleichzuziehen. Habe ich etwas vergessen? – Sieht nicht so aus.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Gut, dann sind Sie, liebe Anzuhörenden, jetzt mit Ihrer Antwortrunde dran. Ich schlage vor, dass wir jetzt einfach mal umdrehen und von hinten anfangen. – Dann hätte zuerst Frau Kopp die Möglichkeit, auf die Fragen, die Sie als Fragen für sich identifiziert haben, zu antworten.

Julia Kopp (RIAS): Eine Sache, die ich gern noch mal vorausschicken möchte, ist, dass auch wir als RIAS Antisemitismus als ein gesamtgesellschaftliches Phänomen erfassen, und auch wenn wir hier aktuell Vorfälle aus verschiedenen Spektren stärker haben, ist zum Beispiel die

Covid-19-Pandemie ein Beispiel, an dem wir vor allem aus dem rechten, rechtsextremen und verschwörungsideologischen Milieu den Großteil und die Masse der antisemitischen Vorfälle erfasst haben. Der Effekt davon ist aktuell, dass die Frage ist für Jüdinnen und Juden oder auch Israelis oder auch andere Personen, die in dem Bereich tätig sind: Wer sind eigentlich tatsächlich politische oder auch andere solidarische Partner? – Insofern dazu noch mal.

Die Frage der Verweisberatung und der Prävention würde ich gern ansprechen, und zwar, was wir eigentlich machen. Das hattest du, glaube ich, gefragt. – [Orkan Özdemir (SPD) nickt] – Wir arbeiten mit vielen oder mit einigen, es sind schon sehr viele, tollen Projekten zusammen, unter anderem mit OFEK vor allem als Beratungsstelle für jüdische Betroffene, die gerade in Hochschulen und vor allem auch an Schulen sehr aktiv sind. Dann arbeiten wir mit der mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus sehr eng zusammen, was die Verweisberatung aber auch Anwälte angeht. Hier ist zum Beispiel ein Punkt, der sicherlich noch offen ist: Wie wird eigentlich rechtlicher Beistand finanziert? Dafür gibt es eigentlich kaum Gelder. Worauf kann man da eigentlich zurückgreifen? Es gibt natürlich kleinere Fonds dafür, aber die waren, glaube ich, im letzten Jahr teilweise auch überfordert. Auch hier sehe ich auf jeden Fall noch Handlungsbedarf oder Handlungsoptionen.

Dann zur gesellschaftlichen Entwicklung: Wir nehmen nach wie vor ein erhöhtes Meldeaufkommen wahr. Seit dem 7. Oktober ist unser Projekt überfordert. Wir können unseren Arbeitsstandard, antisemitische Meldungen innerhalb von 72 Stunden zu beantworten, nicht mehr einhalten. Das heißt, wir müssen hier priorisieren zwischen Fällen, in denen es Betroffene gibt, zu Personen, die eine Schmiererei melden oder so, weil es uns nicht möglich ist im Rahmen unserer Arbeit. Der 7. Oktober hat auch gezeigt, die Jahresplanung funktioniert so nicht. Unser Jahr endet nicht am 31. Dezember, sondern es verschiebt sich. Das heißt, wir brauchen hier auf jeden Fall eine langfristige Sicherung oder auch eine langfristige Perspektive, die nicht entlang von Projekten, sondern entlang von Strukturen, wie wir sie sind, denkt als Meldestruktur.

Thema Dunkelfeld, Dunkelfelderhellung: Ich glaube, hier wurde auch schon, zumindest im Rahmen oder im Kreis, mit dem Antisemitismusbeauftragten darüber gesprochen, wie Dunkelfelderhellung in Form von Studien aussehen kann. Hier kann ich nur sagen, wir stehen sehr gern als Ansprechprojekt zur Verfügung, wenn es darum geht, wie man antisemitische Vorfälle besser erfassen kann, weil wir in der Dokumentation tätig sind. Insgesamt zur Prävention: Wir haben in Berlin im Bereich Antisemitismus eine sehr gute zivilgesellschaftliche Landschaft, die im Bereich Dokumentation, Prävention und Intervention tätig ist, und was man zum Beispiel auch im Hinblick auf die Hochschulen hier machen kann, ist, die bestehenden Strukturen zu stärken und gerade, weil es sich zumeist um nicht strafbare antisemitische Vorfälle handelt, diese wahrzunehmen und zu vermitteln. – Vielen Dank!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Vielen Dank, Frau Kopp! – Dann macht Frau Hanano weiter.

Rima Hanano (CLAIM): Danke schön für das Wort! – Ich versuche, das ein bisschen zusammenzufügen. Zu der Frage: Was dokumentieren wir? – Wir dokumentieren verletzendes Verhalten oberhalb und unterhalb der Strafbarkeit, Grenze wie beispielsweise gewaltvolle Übergriffe. Wir dokumentieren Diskriminierung und verbale Angriffe. Ich glaube, in der letzten Anhörung habe ich schon einiges zu den Standards gesagt, und da kann man auf jeden Fall auch noch mal in unserem Lagebild, das wir letztes Jahr herausgegeben haben, genau

nachgucken, wie sich das in den einzelnen Kategorien widerspiegelt und auf welchen Standards diese Dokumentation beruht, nämlich auf nationalen und internationalen Standards.

Zu der Frage – ich mische jetzt ein bisschen – melden sich bei uns Leute, die beispielsweise nicht anzeigen? – Ja, bei uns oder bei Beratungsstellen, die uns sozusagen die Fälle zuliefern, melden auch Leute, die nicht anzeigen. Das liegt vor allem an dem Vertrauen, das die Leute oder die betroffenen Menschen tatsächlich nicht haben. Auch dazu gibt es Studien, dass rassistisch markierte Menschen grundsätzlich ein höheres Vertrauen gegenüber Institutionen haben als nicht rassistisch markierte Menschen mit Ausnahme von Polizei und Justiz, und da muss man sich wirklich fragen, warum das so ist und da dringend ran mit Blick auf Vertrauensschaffung. Im Übrigen kommt auch die Fundamental Rights Agency zu Ergebnissen, dass ein Großteil der Menschen, die Diskriminierung erfahren, auch Musliminnen und Muslime, nicht meldet. Deswegen ist diese Frage der Erreichung von Betroffenen, Vertrauensschaffung total zentral.

Dann schließe ich noch mal an die Frage an: Welche Fälle werden gemeldet? – Natürlich das, was wir dokumentieren. Grundsätzlich Plakate, Flyer in unserem Fall tatsächlich seltener, kommt aber auch vor. Online dokumentieren wir bisher noch gar nicht, und ich kann Ihnen sagen, online spielt sich wirklich – – Da muss man einmal in die Kommentarspalten gucken, und dann sieht man, was man dazu eigentlich zu dokumentieren hätte. Aber das schaffen wir mit den derzeitigen Ressourcen leider noch nicht. Grundsätzlich mit Blick auf die Betroffenen kann ich sagen, wir haben auch viele explorative Studien und führen auch Fokusgruppengespräche mit betroffenen Menschen, in denen unter anderem ein Großteil der befragten Menschen – wir haben eine Online-Befragung gemacht, fast 80 Prozent der Befragten, das ist eine nichtrepräsentative Studie wohl gemerkt – angegeben haben, schon antimuslimische Übergriffe oder Diskriminierung erlebt zu haben. In Fokusgruppengesprächen geben die Leute vor allem an und sagen: Sie melden etwas, wenn das aus ihrer persönlichen Sicht, und das ist natürlich sehr individuell, schlimm genug ist. Häufig, wenn Kinder dabei sind, häufig, wenn die Familie betroffen ist, man weiß das ja selbst, dann macht man eine Anzeige. Das ist eine Retraumatisierung. Das sind Belastungen. Es kostet auch de facto Geld. Ich kann vielleicht in der Zeit nicht arbeiten. Das sind alles Faktoren, die darauf Einfluss haben, ob Menschen melden oder nicht.

Was brauchen wir, um das Dunkelfeld zu erhellen? – Wir brauchen natürlich das Vertrauen der Communitys. Wir müssen die erreichen. Wir müssen Vertrauen schaffen, dass eine Meldung auch etwas bringt. Darauf habe ich schon Bezug genommen. Wenn die Debatten eine so rassistische Schlagseite haben, dann habe ich auch als betroffener Mensch kein Vertrauen da rein, dass meine Meldung irgendetwas bringt und dass das, was ich in eine Meldung investiere, irgendeinen Effekt hat. Das heißt, das ist einfach total zentral. Es braucht vor allem auch Expertise. Wenn ich auf die Sicherheitsbehörden schaue, auf die Polizei, müssen die wissen, wie sie antimuslimische Übergriffe, wie sie Antisemitismus, wie sie Antiziganismus, egal welche Form, erkennen, und da braucht es verpflichtende Fortbildungen, die qualitativ hochwertig sind und die auch in ihrer Durchführung evaluiert werden. Das heißt, es gibt da unterschiedliche Qualitäten.

Ich muss noch mal betonen: Monitoring ist eine ganz eigene Aufgabe für Dokumentations- und Beratungsstellen, vor allem für Beratungsstellen, Selbstorganisationen. Die sind häufig sehr schlecht finanziell ausgestattet, haben oft keine langfristige Finanzierung. Das bedeutet,

diese Dokumentation ist eine zusätzliche Arbeit zu der Beratungstätigkeit. Oft wird noch mal darauf verwiesen: Wir müssen erst mal beraten. Wir können jetzt nicht alles noch gleichzeitig dokumentieren.

Nur noch mal kurz zum Umsetzungsstand der Empfehlungen: Das obliegt jetzt nicht mir, den Umsetzungsstand zu beantworten. Ich kann nur noch mal darauf Bezug nehmen, dass es sowohl den UN-Bericht auf Bundesebene gab als auch den Bericht, der gerade schon erwähnt wurde, der Expertinnen- und Expertenkommissionen Berlin. Das Monitoring, das hatte der Staatssekretär gerade schon gesagt, wurde vor wenigen Monaten aufgenommen. Aber nichtsdestotrotz hat die Berliner Expertinnen- und Expertenkommissionen tatsächlich noch mal vier zentrale Handlungsfelder beleuchtet: Bildung, Sicherheit, Prävention, Antidiskriminierung, Justiz oder auch muslimisches Leben in der Berliner Stadtkultur, und da noch mal ganz deutlich skizziert, welche zentralen Maßnahmen jetzt notwendig sind, um antimuslimischen Rassismus zu adressieren.

Ich habe ja schon gesagt, gerade mit Blick auf Sicherheitsbehörden, diese Fortbildung und Qualifizierung braucht es mit Blick auf die ganzen Verwaltungsbehörden, und da spreche ich nicht nur mit Blick auf antimuslimischen Rassismus; ich denke, da sollte man mit Blick auf alle Phänomenbereiche nachjustieren und nachschärfen.

Auch noch mal mit Blick auf das Dunkelfeld: Es sollte ein Leitfaden zur Identifikation von antimuslimischem Rassismus für Sicherheitsbehörden formuliert oder auch erarbeitet werden. Ich kann natürlich dazu keine Auskunft geben, ob das schon passiert ist, aber für die Erfassung von antimuslimischem Rassismus durch Sicherheitsbehörden ist das einfach elementar, da wir wissen, und darauf haben wir alle Bezug genommen, dass gerade die PMK-Statistik nicht repräsentativ für Antisemitismus und Rassismus ist.

Das Neutralitätsgesetz steht heute auch noch auf dem Plan. Auch das ist eine Forderung, dieses abzuschaffen. Das wurde von der Expertinnen- und Expertenkommission gefordert. Damit werden Sie sich ja noch beschäftigen. Ansonsten wurde, glaube ich, schon vieles gesagt mit Blick auf die Beratungsstruktur und die Dokumentation.

Meine letzte Empfehlung ist einfach noch mal: Es braucht wirklich diese Anerkennung von antimuslimischem Rassismus. Darum ringen wir seit Jahren. Wenn Sie also wirklich etwas bewegen wollen, dann braucht es einfach diese klare Haltung und eine Solidarisierung, denn sonst kommen Sie auch nicht an das Dunkelfeld heran und haben Legitimitätsprobleme mit Blick auf die eigenen Institutionen. – Danke schön!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Vielen Dank, Frau Hanano! – Dann darf ich Frau Becker das Wort geben. Sie haben die Möglichkeit, auf die Fragen, die Sie als Fragen für sich identifiziert haben, zu antworten.

Kati Becker (pad gGmbH) [zugeschaltet]: Das mache ich auch. – Zunächst an Frau Auricht und Herrn Lindemann: Die Fragen, die Sie stellen, wurden von Ihrer Fraktion auch schon mehrfach im Abgeordnetenhaus gestellt und sind auch in der einen oder anderen Anfrage schon beantwortet worden. Gerade die Frage, wie die Fälle geprüft werden, ist mehrfach, meiner Meinung nach, beantwortet worden. Das steht auch bei uns auf der Internetseite, und kann man dort nachlesen. Ihre Sorge, dass zu viele Vorfälle aufgenommen werden, kann ich Ihnen nehmen, gerade die Frage nach den Aufklebern: Wie kann ich verhindern, dass da immer die gleichen aufgenommen werden? – Also wenn eine Person rausgeht und 100 Aufkleber klebt, solche Fälle haben wir, dann nehmen wir einen Vorfall auf und sagen: Es wurden 100 Aufkleber geklebt. Wenn die gleiche Person eine Straße weiter diese Aufkleber weiter klebt, dann ist es immer noch nur ein Vorfall, selbst wenn es 200 Aufkleber sind. Wenn diese Person allerdings den nächsten Tag loszieht und am S-Bahnhof auch noch mal 50 Aufkleber klebt, dann haben wir daraus zwei Vorfälle gemacht. Um zu verhindern, dass einzelne Aufkleber mehrfach aufgenommen werden, gemeldet werden sie zum Teil mehrfach, das haben wir auch bei Hakenkreuzen, wenn da mal an der S-Bahn ein Hakenkreuz ist, können wir das anhand des Datums und des Orts überprüfen, ob wir den Vorfall schon haben. Wir haben eine Datenbank, in der wir eingeben, an welchem Tag welcher Vorfall passiert ist, und wenn da steht: Hakenkreuz an der Schwimmhalle XY und einen Tag später ist immer noch ein Hakenkreuz an der Schwimmhalle XY, dann nehmen wir nicht zwei Hakenkreuze auf, sondern das ist dann immer noch das gleiche Hakenkreuz. – Es gibt Vorfälle, Symbole im Alltag, die uns jedes Jahr mehrfach gemeldet werden, aber das ist dann immer noch genau die

gleiche Fahne in der Kleingartenanlage. So etwas nehmen wir dann einmal im Jahr auf. Auch wenn wir 100 Meldungen zu dem gleichen Vorfall bekommen, wissen wir: Okay, die Fahne haben wir schon drin. Die wird nur einmal aufgenommen.

Die Frage, was strafrechtlich relevant ist und was nicht: Ich kann es Ihnen nicht genau beantworten. Bei Körperverletzung, versuchter Körperverletzung, Beleidigung, Bedrohung haben wir streiflichtrechtliche Relevanzen, Teile der Propaganda, da, wo Hakenkreuze sind, ohne strafrechtliche Relevanz. Wir erstatten keine Anzeige, sondern sind nur die Dokumentationsstelle. Manchmal empfehlen wir Leuten, dass sie Anzeige erstatten, aber wir empfehlen auch, in eine Beratungsstelle zu gehen.

Inwiefern hilft es den Diskriminierten, dass wir das machen? – Zum einen haben viele Menschen das Gefühl, dass nur sie das erleben und sonst niemand. Wenn man ihnen mitteilt: Oh, da bist du nicht die einzige Person, da war heute schon jemand anderes, dem es genau das Gleiche passiert, entlastet es die Menschen. Auch die Wahrnehmung dessen, dass das ein Unrecht ist, was da passiert, hilft den Menschen auch weiter. Insofern gibt es eine individuelle Ebene, die für die Meldenden ganz wichtig ist, damit eine Sichtbarkeit des Unrechts, das sie zum Teil täglich erfahren, anerkannt wird, und zum anderen können wir natürlich über die Sammlung und die Kategorisierung der Vorfälle Muster erkennen und beschreiben: Wie entwickelt sich die Gesellschaft? Wie entwickelt sich das Klima hinsichtlich Ausgrenzung und Abwertung? – und dafür brauche ich nun mal die ganzen kleinen Aufkleber, die geklebt werden.

Die Frage nach dem Wahlkampf: Wir nehmen nicht jedes einzelne Plakat auf. Wir nehmen auch nicht jede einzelne Verteilaktion auf, sondern es gibt in den Bezirken einmal pro Monat einen Sammelvorfall, der sich auf den Wahlkampf bezieht. Es gibt einzelne Vorfälle wie zum Beispiel Körperverletzung im Wahlkampf oder Sachbeschädigung an Wahlplakaten – es werden Hakenkreuze in die Augen gemalt –, die nehmen wir dann einzeln auf, aber wenn in einer Straße fünf Plakate beschädigt werden, man nicht genau weiß, wer das war, dann nehmen wir das gar nicht auf. Das sind keine Vorfälle, die wir dokumentieren. Der Wahlkampf macht zwar ein bisschen was aus in unserer Dokumentation, wir achten aber darauf, dass er unsere Aussage nicht verfälscht und formulieren dann zum Beispiel einen Sammelvorfall, in dem dann steht: Diese Plakate wurden so und so gehängt.

Auch zu Herrn Lindemann: Das mit der „Stasi 2.0“ hatten wir auch schon x-mal. Keine Ahnung, wie oft ich diese Frage beantwortet habe. Wir dokumentieren keine Namen, ansonsten würden Sie Ihren Namen sicherlich öfter in unserer Chronik finden, und es gibt keinerlei Konsequenzen für die Verursacher von Vorfällen, sodass diese Gleichsetzung zwischen Stasi und DDR einfach hinfällig ist. Das, was Sie uns unterstellen, wird nicht erfasst.

Wir kommen zu der Frage von Herrn Özdemir: Was passiert bei physischer und psychischer Gewalt? – Da machen wir in der Tat eine Verweisberatung, das heißt also, wir leiten an die mobile Beratung weiter, wie leiten an die Opferberatungsstellen weiter und verschiedene Antidiskriminierungsberatungsstellen, die dann aktiv werden können. Denjenigen, die sagen, ich brauche keine Beratungsstelle oder möchte auch gar keine haben, empfehlen wir zum Teil schriftliche Ratgeber des Verbands der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt, weil es da zum Beispiel auch Ratgeber gibt, wie man später mit einem rassistischen Angriff umgeht, auch für Angehörige, oder wie man mit antisemitischer

Gewalt umgeht, da viele Dinge erst im Nachhinein Traumata auslösen, und nach zwei, drei Monaten haben die Leute vielleicht vergessen, dass ihnen da schon etwas passiert ist, aber das Gehirn und die Nachwirkungen sind dann andere. Da gibt es zumindest auch schriftliche Dinge, die sie sich durchlesen können.

Wie viel Verweisberatung wir machen, ist schwer zu sagen. Es wird auf jeden Fall ein erheblicher Anteil der Gewaltvorfälle sein, also vermutlich alle, und auch die Antidiskriminierungsberatung. Ich denke, wir sind da bei ungefähr 500 Vorfällen im Jahr, die wir an die Beratungsstellen weiterverweisen. Ob die Menschen dann das Beratungsgebot annehmen, sei mal so dahingestellt. Manchmal bekommen wir Rückmeldungen aus den Beratungsstellen, dass die Betroffenen dort ankommen, manchmal aber auch nicht.

Die Prognose zur Entwicklung der Vorfälle: Es spricht sich langsam herum, dass es Dokumentationsstellen gibt, und mit größerem Bekanntheitsgrad wissen natürlich immer mehr Menschen, die viele Freunde haben und auch irgendwelche Social-Media-Kanäle, dass es Registerstellen und Dokumentationsstellen gibt, sodass wir in einigen Bezirken ungefähr schon jedes Hakenkreuz und jeden Aufkleber erfassen können, aber in anderen eben noch nicht. Wenn wir über einen Aufwuchs bei den Registerstellen – – Ich sage mal so: Wir haben Registerstellen, zum Beispiel in Treptow-Köpenick, die kommen nicht mehr hinterher mit der Arbeit. Das hat der RIAS jetzt auch schon formuliert. Wenn so etwas passiert wie der 7. Oktober, oder wenn man sehr gute Arbeit macht, das heißt also, man stellt seine Ergebnisse im Bezirk vor und macht da vielleicht ein, zwei Vorstellungsrunden in der Woche, man geht mal zu einer Schule, man geht in einen Ausschuss, man geht in eine soziale Einrichtung, und dazwischen versucht man, Vorfälle zu dokumentieren, die man reinbekommt. Man verifiziert die Vorfälle auch, das heißt, wir überprüfen jeden Vorfall mindestens zweimal, bevor wir ihn eintragen. Dann wird er einsortiert, und die Öffentlichkeitsarbeit dazu ist an sich nicht mehr leistbar. Die Kollegin hat über 100 Vorfälle im Monat, die sie gerade dokumentiert. Das kann man mit einer Einzelperson an sich nicht mehr machen. Solange man möchte, dass die Qualität dessen, was wir da erfassen, auch gut bleibt, das heißt also, dass wir Doppelungen ausschließen, dass wir uns mit den anderen Beratungsstellen absprechen, dass wir bei den Meldungen, die wir erhalten, Nachfragen stellen, brauchen wir Personalstunden, um auch sicher zu sein, dass das von der Qualität her stimmt, die Vorfälle, die wir erfassen.

Ich habe es prognosemäßig schon angedeutet: Wir hatten im letzten Jahr um diese Zeit 1 200 Vorfälle. Jetzt haben wir 1 800. Ich weiß, dass einige Kolleginnen krank waren, die noch 100 Vorfälle eintragen wollen. Es sind jetzt schon 50 Prozent mehr als im vergangenen Jahr. Ich gehe davon aus, dass das so auch weiterhin sein wird.

Zu diesen Bedarfen und der Dunkelfelderhellung antworte ich einfach komplett. Ich würde einmal noch kurz auf Herrn Graßelt antworten, wie wir die Doppelungen ausschließen. – Es ist natürlich nicht so, dass wir Antisemitismus und von mir aus noch ein Plus dazu aufnehmen, sondern wir tauschen uns ja aus. Wir können einen Auszug aus unserer Datenbank machen: Wann war welcher antisemitischer Vorfall? Was ist da passiert? RIAS hat natürlich auch eine Datenbank und kann genau das angucken, und dann gleichen wir diese Vorfälle ab. Das heißt also, alles, was wir noch nicht drin haben, übernehmen wir dann, und umgekehrt ist es genauso. Dass sich die Zahlen zwischen unseren Dokumentationsstellen unterscheiden, liegt einfach daran, dass wir zum Teil Vorfälle auch anders einsortieren, zum Beispiel bei NS-Verharmlosung. Wenn wir Demonstrationen haben, die vorwiegend rassistisch motiviert sind

oder das Hauptthema Rassismus ist, da aber auch antisemitische Transparente gezeigt werden, dann würden wir eine rassistische Veranstaltung dokumentieren und ein nachrangiges Motiv zum Beispiel Antisemitismus mit drin haben, aber RIAS nimmt das als antisemitischen Vorfall auf. Da würde sich unsere Zählweise schon unterscheiden, dadurch, dass wir unterschiedliche Themenfelder haben. Auch die Fälle von Antiziganismus, die bei Amaro Foro dokumentiert werden, nehmen wir schon auch bei Antiziganismus auf. Manchmal ist es aber auch einfach Rassismus allgemein. Wie wir das dann einsortieren, das kann sich durchaus auch von den anderen Dokumentationsstellen unterscheiden, aber wir haben anhand des Datums, des Ortes, und was ist da eigentlich passiert, schon die Möglichkeit, die Doppelung auszuschließen. Nichts wird bei uns automatisch übernommen, sondern da sitzt immer die Personen, die in dem jeweiligen Bezirk die Registerstelle macht, und trägt diese Vorfälle ein und prüft: Habe ich das schon? Habe ich das noch nicht? – damit sie auch zum Schluss ein Bild davon hat, was in einem Jahr passiert ist.

Warum sind die Vorfälle 2022 niedriger gewesen? – Wenn die so richtig ansteigen oder richtig zurückgehen, hat das häufig etwas mit der Propaganda zu tun. Um die 50, 60 Prozent unserer Vorfälle sind Aufkleber und Schmierereien im öffentlichen Straßenland. Dass das jetzt wieder so hoch geht, hat natürlich auch etwas mit den antisemitischen Schmierereien zu tun, die wir gerade haben. In der Coronapandemie 2021, fragen Sie mich nicht, warum, sind Leute rausgegangen und haben unglaublich viele Hakenkreuze geschmiert. Das hat sich auch bis Ende 2022 noch ganz gut gehalten. Dadurch, dass relativ wenige Veranstaltungen stattgefunden haben, also Demonstrationen, haben die also andere Ausdrucksformen gesucht, und die waren dann eben: Ich male irgendwo etwas hin, oder ich sprühe etwas hin oder klebe Aufkleber, die antisemitisch sind. – So sind also 2021 die Zahlen ganz schön angestiegen, und 2022 gab es dann, weil die Maßnahmen langsam zurückgefahren wurden und wieder Demonstration stattfinden konnten, vorwiegend bei der Propaganda einen Einbruch. Es gab aber auch noch zwei andere Gründe. Der eine ist: Aufgrund von Datenschutzbestimmungen bei der Staatsanwaltschaft und dem LKA gibt es nicht mehr den Austausch von Gewaltvorfällen zwischen der Polizei und den Dokumentationsstellen. Da hatten wir also eine niedrigere Angriffszahl als in den Vorjahren, und der Krieg in der Ukraine hat dazu geführt, dass viele Beratungsstellen, auch die Antidiskriminierungsberatungsstellen, viele unserer Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartner zu tun hatten, also die sind nicht dazu gekommen. Wenn man Beratung macht oder auch andere Präventionsangebote, dann hat das immer Priorität und die Dokumentation eben nicht. Das ist dann das, was hinten runterfällt, und das macht sich dann bei uns in den Zahlen bemerkbar. Das haben wir aber auch zum Schluss so ausgewertet.

Dann sage ich einmal etwas zur Dunkelfelderhellung, was ich denke, wie das eigentlich passiert. – Ich würde sagen, ja, wir haben im Themenfeld Rassismus vermutlich das größte Dunkelfeld, aber auch bei der Behindertenfeindlichkeit und auch beim Sozialchauvinismus. Obdachlose Menschen haben relativ wenig Öffentlichkeit für die Gewalt, die sie erfahren. Hier hilft meiner Meinung nach nicht viel mehr außer Netzwerkarbeit und Vertrauen, um diese Personengruppen zu stärken. Netzwerkarbeit heißt, da muss man mit jedem Verein einzeln sprechen. Man muss Kontakte zu Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern knüpfen. Je stabiler die Strukturen sind, desto eher kann man das Vertrauen aufbauen. Wenn Projekte immer wieder wegbrechen oder immer wieder jemand Neues anfängt, weil die Stelle zu prekär ist oder zu klein ist oder so, dann baut man diese Kontakte immer wieder neu auf. Immer wieder muss man das Vertrauen neu stärken, und so bekommt man natürlich nie dieses Dunkelfeld erhellt.

Ein Beispiel sind Sozialarbeitende in Unterkünften für Geflüchtete. Mit Betreiberwechsel wechselt auch das Personal. Wenn vorher vielleicht ein ganz guter Kontakt da war und wir Vorfälle erhalten haben, heißt das nicht, dass ein Jahr später dann immer noch die gleichen Kontakte da sind. Mit dem Wechsel des Personals bricht das also auch immer wieder zusammen. Ich will sagen: Je kontinuierlicher so eine Finanzierung ist, desto leichter kann man Vertrauen aufbauen und auch ein Dunkelfeld erhellen, dann ist es natürlich einfach die Zeit. In fünf Jahren werden wir andere Zahlen haben. Die werden höher sein als heute, und das liegt daran, dass das Dunkelfeld ganz gut erhellt wird.

Zu den Bedarfen im Allgemeinen: Wir sind in einem ganz guten Austausch mit der LADS. Auch mehrmals im Jahr sprechen wir darüber: Wie entwickelt sich das alles? Wie sieht das gerade aus? Braucht man da mehr, braucht man da weniger? Wir beantragen natürlich bedarfsgerecht jedes Jahr unser Geld. Im September stellen wir den Antrag. Wenn dann im September ein großer Shitstorm kommt und man zwei Monate damit beschäftigt ist, irgendwelche Angriffe oder auch Klagen abzuwehren, ist es natürlich in überhaupt keinem Antrag widergespiegelt, oder wenn so etwas wie der 7. Oktober passiert. Das kann man ja nicht vorhersehen. Plötzlich verdreifacht, vervierfacht sich die Zahl der Vorfälle, und man kommt einfach nicht mehr hinterher. Ich kann nicht viel dazu sagen, außer: Ein Puffer in einem Haushalt, der das auffangen kann und natürlich irgendwie die Perspektive, dass nicht immer nur das Geld für die letzten drei Monate des Jahres beantragt wird. Auch der 7. Oktober ist ein Beispiel. Wenn man den Antrag stellt, dann hat man den bis November durch und muss das Geld irgendwie bis Dezember ausgegeben haben. Bis dahin habe ich kein Personal eingestellt und gar nichts gemacht. Auch diese überjährige Finanzierung wäre schon hilfreich, um solche Spitzen abzufassen. Ansonsten braucht es mehr psychologische Beratung.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Frau Becker! Darf ich Sie bitten, sich vielleicht etwas zu konzentrieren. Ich muss ein bisschen auf die Uhr gucken. Entschuldigung!

Kati Becker (pad gGmbH) [zugeschaltet]: Dann machen wir es kurz. Rechtlicher Beistand und psychologische Beratung sind die beiden Stellen, wo man aktuell mehr reingehen müsste. – Fertig!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Vielen Dank! – Es tut mir leid, dass ich Sie unterbrechen musste, aber wir haben hier einige, die weg müssen. Ich weiß, es sind viele Fragen gestellt worden. – Dann darf ich Frau Balog noch das Wort geben. – Bitte!

Violeta Balog (DOSTA/MIA Berlin): Danke! – Ich versuche, mich kurz zu halten, denn einige Sachen wurden auch schon von meinen Vorrednerinnen genannt, die ebenfalls auch DOSTA betreffen. Daher würde ich das nicht noch mal wiederholen wollen. Auf drei Sachen möchte ich aber gern noch eingehen, und zwar hatte ich vorher auch erwähnt, dass die Diskriminierung bei Behörden gerade ein zentrales Thema bei uns ist. Das liegt daran, dass wir seit 2010 eine eigene Anlauf- und Beratungsstelle für soziale Anliegen haben. Dadurch ist überhaupt DOSTA entstanden. Durch die Beratungsarbeit haben wir erst diese Diskriminierungserfahrungen, die Ausschlüsse bei verschiedenen Ämtern entdeckt und so versucht, zu intervenieren. Aus diesem Grunde muss man sich Fälle auch aus zwei verschiedenen Perspektiven anschauen. Nicht bei allen Fällen ist es möglich, aber beispielsweise gerade bei Fällen im Bereich Behörden ist es wichtig, sich das noch mal anzugucken. Zum einen ist es der Diskriminierungsaspekt, und zum anderen spielt auch das Sozialrecht eine Rolle. Was die Diskriminie-

rung angeht, ist es schwierig, dagegen vorzugehen, weil gerade Jobcenter und die Familienkasse Bundesbehörden sind, die auf Landesebene agieren und deswegen weder das AGG noch das LADG greifen. Aus diesem Grunde obliegt es den Projekten, die Diskriminierungserfahrungen in diesen Bereichen zu erfassen und zu dokumentieren. Was aber die sozialen Ausschlüsse betrifft, da gibt es eine Rechtsgrundlage. Die Menschen, die zu uns in die Beratung kommen, sind EU-Bürger, und sie haben ein Recht auf solche Leistungen. Diese werden sozusagen durch unsere Berater eingeklagt, wenn es sein muss auch durch Anwälte und vor Gericht.

Durch die Erfassung ist Antiziganismus sichtbarer geworden, und das ist ebenfalls wichtig, um, wie Herr Landero es vorhin erwähnt hat, auch Maßnahmen zu ergreifen, damit Politik und Verwaltung bestimmte Maßnahmen ergreifen können und vor allem auch Gesetze auf den Weg bringt wie beispielsweise auch das LADG. Wir haben die LADG Ombudsstelle, mit der wir in vielen Fällen zusammenarbeiten. Das ist etwas, was auch Frau Hanano gesagt hat: Was brauchen Betroffene? – Betroffene müssen wissen, was ihre Handlungsmöglichkeiten sind, und wenn wir da wenig rechtliche Instrumente haben, dann können wir sie auch nicht dabei unterstützen, dagegen vorzugehen. Deswegen bleibt es auch nur bei einer Meldung. Deswegen ist es wichtig, dass man sich die einzelnen Phänomene anschaut und die Forderungen im Detail.

Was die Verweisberatungen angeht, sind wir ebenfalls, wie schon gesagt, mit der LADG Ombudsstelle in Kontakt. An das Antidiskriminierungsnetzwerk, an die Fachstelle Fair Mieten, Fair Wohnen oder an ReachOut verweisen wir sehr viele unserer Betroffenen beziehungsweise versuchen auch, Fälle gemeinsam anzugehen.

Dann gab es noch den Punkt, was es in der Bildungsarbeit an Anforderungen braucht. – Ich war vor Kurzem auf einer Veranstaltung, wo es genau darum ging, was in der Bildungsarbeit schieflieft, und da waren sich sehr viele Teilnehmende einig, dass es vor allem auch bei den Curricula anfangen muss, dass diese noch mal grundlegend aufgearbeitet werden müssen. Curricula sind nicht rassismuskritisch beziehungsweise rassismussensibel ausgerichtet. Das muss sich ändern. Wenn man bedenkt, dass der Genozid an Sintizze und Romnja kaum in Schulbüchern benannt oder wenigstens nur als Nebensatz erwähnt wird, muss man sich fragen: Was hat man aus der Geschichte gelernt? Auch die aktuellen Lebensrealitäten von Sintizze und Romnja werden nirgendwo in der Schule behandelt, oder es gibt kaum Aufklärung darüber. Das ist ein Punkt.

Dann sind noch Willkommensklassen ein zentrales Thema, die oft sehr segregierend Kinder beschulen. In Bezug auf Moldau erreichten uns sehr viele Meldungen, dass moldawischen Bürgern oft kein Schulplatz angeboten wird, stattdessen wird Ihnen ein Sportprogramm angeboten, bis sie abgeschoben werden. Da braucht es generell eine vernünftige Beschulung von allen schulpflichtigen Kindern, und vor allem: Alle Kinder haben das Recht auf Bildung.

Um noch mal den Rassismusaspekt anzugehen, braucht es für den Schul- bzw. Bildungsbereich unabhängige Beschwerdestellen bzw. müsste die LADG Ombudsstelle da noch mal besser gestärkt werden, damit da besser interveniert werden kann. Wir haben es sehr oft erlebt, dass man auch bei Schulen nicht viel ausrichten kann, da gerade Schulen eine geschlossene Gesellschaft sind und man da einfach kaum rankommt.

Vielleicht noch abschließend: Um gegen Vorfälle oder Diskriminierungsfälle vorgehen zu können, braucht es aber auch Rechtsschutzfonds. Wir können ein noch so gutes LADG haben, es nützt aber auch nichts, wenn es keinen Rechtsschutzfonds gibt, wenn Menschen Angst haben müssen, dass sie doch auf den Kosten sitzenbleiben und deswegen ihre Klagen oder Beschwerden zurückziehen müssen, weil sie Angst haben, da weiter vorzugehen. – Danke schön!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Vielen Dank für Ihre ausführlichen Antworten! – Ich weiß, dass sehr viele Fragen gestellt wurden. Vielen Dank auch für Ihre wunderbare Arbeit und viel Erfolg und viel Glück dabei! – Dann können wir diesen Punkt vertagen und wieder aufrufen, wenn das Wortprotokoll vorliegt. – Dann verfahren wir so. Ich danke noch mal ganz herzlich den Anzuhörenden!

Punkt 6 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Überlastung der LADG Ombudsstelle
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und
der Fraktion Die Linke)

[0133](#)
IntGleich

Vertagt.

Punkt 7 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Die Linke
Drucksache 19/1167
**Gesetz zur Änderung des Neutralitätsgesetzes –
Neutralitätsgesetz verfassungskonform anpassen
und Diskriminierung von Hijab tragenden Frauen
beenden**

[0089](#)
IntGleich
BildJugFam
Haupt(f)
Recht
KultEnDe

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 8 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 19/1164
**Verfassungsgemäße Überarbeitung des sogenannten
„Neutralitätsgesetzes“**
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

[0115](#)
IntGleich
BildJugFam
Haupt(f)
Recht
KultEnDe

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 9 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.